

*Originalveröffentlichung in: Edgar Wolfrum, Epilog oder Epoche. (Rück-)Blick der deutschen Nation vom Zeitalter der Teilung bis zur Gegenwart, in: Münkler/ Hacke (Hg.), Wege in die neue Bundesrepublik, Frankfurt a. M.: Campus 2009, 33-64.*

# Epilog oder Epoche? (Rück-)Blick der deutschen Geschichtswissenschaft vom Zeitalter der Zweistaatlichkeit bis zur Gegenwart

*Edgar Wolfrum*

## Einleitung

Im Jahre 1976 formulierte Alfred Kosing in seinem Buch *Nation in Geschichte und Gegenwart* eine historisch-materialistische Theorie der Nation, die für die DDR verbindlich sein sollte und deshalb auch in die neue Verfassung des zweiten deutschen Staates aufgenommen wurde. Der Kern dieser Theorie war einfach: Die ethnischen Faktoren der Nation wurden negiert und durch sozio-ökonomische und politische ersetzt. Im gegenwärtigen Deutschland hätten sich somit nicht nur zwei Staaten, sondern zwei Klassennationen herausgebildet, eine sozialistische Nation im Osten und eine kapitalistische Nation im Westen.<sup>1</sup> Damit wollten die SED und die gebundene Geschichtswissenschaft in der DDR die seit 1945 virulente Frage nach der deutschen Nation ein für alle Mal ad acta legen.

Im selben Jahr, 1976, erschien in der Bundesrepublik Deutschland der bis dahin letzte Band des *Gebhardt. Handbuch der deutschen Geschichte* über das Ende des Reiches und die Neubildung deutscher Staaten nach 1945 aus der Feder von Karl Dietrich Erdmann. Im letzten Kapitel diskutierte Erdmann die Frage, mit welchem Gegenstand es die deutsche Geschichte nach dem Auseinanderbrechen Deutschlands zu tun habe. Er schrieb:

Gewiß würde der Begriff einer ›deutschen‹ Geschichte im Absurden enden, wenn man ihren Gegenstand auf einen der Teilstaaten einschrumpfen ließe. Die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland ist nicht die Geschichte Deutschlands. Das gleiche gilt für die Versuche der Deutschen Demokratischen Republik, die nationale Tradition für sich zu monopolisieren. Ein vergebliches Unterfangen wäre es auch, das wiedererstandene selbständige Österreich aus dem deutschen Geschichtszusammenhang ausklammern zu wollen.<sup>2</sup>

---

1 Alfred Kosing, *Nation und Geschichte und Gegenwart. Studie zur historisch-materialistischen Theorie der Nation* (Berlin/Ost: Dietz, 1976).

2 Karl Dietrich Erdmann, *Das Ende des Reiches und die Entstehung der Republik Österreich, der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik* (= Gebhardt Handbuch der deutschen Geschichte, Bd. 22), (Stuttgart: Union-Verl., 1980), insbes. S. 354. Nun: Edgar Wolfrum, *Die Bundesrepublik Deutschland (1949–1990)* (= Gebhardt Handbuch der

Trotz der staatlichen Teilung begriff Erdmann die deutsche Nation als »dialektische Einheit«. Diese kennzeichnete für ihn die Gegensätzlichkeit und die enge Aufeinanderbezogenheit der beiden Gesellschaftssysteme: »Die dialektische Einheit der Nation, die von der doppelten Bereitschaft abhängt, aufeinander zu hören, ohne Gegensätze zu verwischen« sei die denkbare Form eines gegenwärtigen Vollzugs der Nation.<sup>3</sup>

Was hier als deutsch-deutscher Disput aufblitzte, war – betrachtet man das 40 Jahre währende Zeitalter der Teilung in der Gesamtperspektive – nur die Spitze eines Eisbergs. Beide Staaten, die Bundesrepublik und die DDR, teilten die gemeinsame Vorgeschichte und die Ausgangsposition; beide unterlagen den sich europäisch oder global verändernden Bedingungen in der politisch-gesellschaftlichen Sphäre – der Sphäre der Normen und Werte – wie in der wissenschaftlichen Sphäre – der Sphäre der Erkenntnis –, mithin auch in der Fachentwicklung der Geschichtswissenschaft. Die Konkurrenz und die Perzeptionen, die Verflechtungen und Abgrenzungen<sup>4</sup> führten auf allen Ebenen zu einem »symbiotischen Antagonismus«<sup>5</sup> zwischen der Bundesrepublik und der DDR, dem sich die Geschichtswissenschaft nicht entziehen konnte. Zu keiner Zeit ist das Nationalstaatsparadigma dabei an sein Ende gelangt; selbst in der Negation war es präsent. Man kann geradezu von einer Hochkonjunktur der Debatte um die Nation sprechen, die ihren Ausdruck in einer ganzen Reihe sich im Zeitverlauf ablösender Konzepte und inhaltlicher Füllungen fand. Wie die Antworten auch ausfielen, stets ging es um die Frage: War das Ende des Deutschen Reiches und die Gründung der deutschen Teilstaaten nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges der Epilog und das Ende der Geschichte Deutschlands oder bloß eine vorübergehende Epoche im Kontinuum der deutschen Geschichte?

Ich möchte der Frage nachgehen, welche Formverwandlungen des Nations- und Geschichtsverständnisses in Deutschland West und Ost, wann und warum und von wem angetrieben, deutungsmächtig geworden sind. Dazu gliedere ich den Beitrag in vier Abschnitte, die wichtige Zäsuren für die Idee der Nation im politischen wie im historiographischen Diskurs darstellten: Die Hochphase des

---

deutschen Geschichte. Bd. 23) und in erweiterter Fassung; ders., *Die geglättete Demokratie. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von ihren Anfängen bis zur Gegenwart* (Stuttgart: Klett-Cotta 2006).

3 Ebd., S. 360. Siehe auch ders., »Drei Staaten – zwei Nationen – ein Volk? Überlegungen zu einer deutschen Geschichte seit der Teilung«, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* 36 (1985), S. 671–683; ders., *Die Spur Österreichs in der deutschen Geschichte. Drei Staaten, zwei Nationen, ein Volk?* (Zürich: Manesse, 1989).

4 Christoph Kleßmann, »Verflechtung und Abgrenzung. Aspekte der geteilten und zusammengehörenden deutschen Nachkriegsgeschichte«, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B29/30 (1993), S. 30–41.

5 Peter Graf Kielmansegg, *Nach der Katastrophe. Eine Geschichte des geteilten Deutschland* (Berlin: Siedler, 2000), insbes. S. 553.

kalten Krieges, die Epochenschwelle der 1960er Jahre, die Ära nach dem Grundlagenvertrag zwischen der Bundesrepublik und der DDR von 1972 und schließlich die Situation nach der Wiedervereinigung Deutschlands seit 1989/90. In jedem dieser Abschnitte werde ich Eigenarten der vorherrschenden nationalen Narrative analysieren und zu zeigen versuchen, wie sie miteinander in Beziehung standen.

Ich gehe von der Überlegung aus, dass sich Sozialkultur und Geschichtswissenschaft nicht fein säuberlich trennen lassen. Wer Historiker als frei schwebende intellektuelle Köpfe betrachtet und ihre Arbeiten als vollkommen interesselos verstanden wissen möchte, läuft in die Irre. Wissensproduktionen sind *auch* gesellschaftlich angeregt und bedingt: Reale politisch-gesellschaftliche Wandlungsprozesse ragen herein, ebenso Transfers und Diffusionen aus dem Ausland oder aus den Nachbardisziplinen; hinzu kommt – gerade in der Zeitgeschichte – die Ebene der persönlichen Erfahrungen.<sup>6</sup> Meines Erachtens ist es sinnvoller, »Geschichtspolitik«<sup>7</sup> zu untersuchen und weniger »Geschichtskultur«, da in einem großen Teil der Historiographie zumindest des letzten Jahrzehnts wichtige Fragen vernachlässigt worden sind: Die zentralen Kategorien Interesse, Macht und Herrschaft sind durch eine Überbetonung der kulturalistischen Wende oftmals zu sehr in den Hintergrund gedrängt worden. Eine Folge dieser Geschichtswissenschaft »with the politics left out« ist vielfach ein verkürztes Politikverständnis. Weithin dominiert ein vollkommen unzureichendes etatisches Verständnis von Politik als Staats- und Regierungshandeln, das einerseits die Bedeutung nichtstaatlicher Akteure völlig unterschätzt und andererseits den fundamentalen Wandel während der vergangenen Jahrzehnte ignoriert. Denn die traditionelle Dichotomie von Staat und Gesellschaft ist längst überwunden.

Geschichtspolitik gehorcht in pluralen Gesellschaften anderen Gesetzen als in diktatorisch oder autoritär verfassten mit einer gebundenen Geschichtswissenschaft, oder in Kriegsgesellschaften, in denen Meinungsstreit stark limitiert ist. In der Demokratie ist Geschichtspolitik ein Handlungsfeld, auf dem sich viele konkurrierende Akteure bewegen: Wissenschaftler, Journalisten, Politiker usw., kurz: konkurrierende Deutungseliten oder jene, die sich dafür halten. Gesellschaften können als Kommunikationseinheiten oder Interpretationsgemeinschaften betrachtet werden, die ein gewisses gemeinsames Fundament von Erfahrungen und Orientierungen benötigen. Darum wird gerungen. Denn es gibt, jenseits von individuellen oder Gruppengedächtnissen – generationeller, geschlechtsspezifischer, konfessioneller, regionaler oder sonstiger Art, dominierende Deutungs-

6 Vgl. Jürgen Reulecke (Hrsg.), *Generationalität und Lebensgeschichte im 20. Jahrhundert* (München: Oldenbourg, 2003).

7 Vgl. Edgar Wolfrum, *Geschichtspolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Der Weg zur bundesrepublikanischen Erinnerung 1948–1990* (Darmstadt: Wiss. Buchges., 1999).

achsen, eine Art verbindender Basiserzählung, die den Zusammenhalt eines Gemeinwesens erst ermöglicht.

Die traditionelle Historiographiegeschichte veranschlagte den Stellenwert gesellschaftlich-politischer Zusammenhänge lange Zeit eher gering; erst in letzter Zeit ändert sich dies.<sup>8</sup> Dass die moderne Welt in verschiedene autonome Sphären ausdifferenziert ist,<sup>9</sup> kann aber nicht bedeuten, dass keine komplexen Wirkungszusammenhänge bestünden. Anstatt vorschnell mit Begriffen wie Instrumentalisierung zu hantieren, sollte viel eher die breite Skala zwischen den Polen wissenschaftlicher Autonomie und intentionaler politischer Wirkungsabsicht untersucht werden. Im Folgenden geht es nicht bloß um Ideengeschichte oder Ideologiekritik, sondern – wie es Otto Gerhard Oexle formuliert hat – »um die auf die Gegenwart des Historikers bezogenen, mentalen, also ebenso wohl rational-intellektuellen wie auch emotionalen Dispositionen, von denen her die Erkenntnis von Geschichte mit gesteuert wird.«<sup>10</sup>

8 Siehe Jan Eckel, *Hans Rothfels Eine intellektuelle Biographie im 20. Jahrhundert* (Göttingen: Wallstein, 2005); Christoph Cornelißen, *Gerhard Ritter. Geschichtswissenschaft und Politik im 20. Jahrhundert* (Düsseldorf: Droste, 2001); Thomas Erzemüller, *Sozialgeschichte als politische Geschichte. Werner Conze und die Neuorientierung der westdeutschen Geschichtswissenschaft nach 1945* (München: Oldenbourg, 2001); Aleida Assmann & Ute Frevert, *Geschichtsvergessenheit, Geschichtsversessenheit. Vom Umgang mit deutschen Vergangenheiten nach 1945* (Stuttgart: DVA, 1999). Gespannt sein darf man in diesem Zusammenhang auch auf die Dissertation von Günther R. Mittler, die unter dem Arbeitstitel *Geschichte und Deutschlandpolitik. Der Umgang der bundesdeutschen Geschichtswissenschaft mit der deutschen Frage 1961–1989* die Rolle der Disziplin und ihrer Repräsentanten als Wegweiser in der deutschlandpolitischen Auseinandersetzung beleuchtet.

9 Vgl. Otto Gerhard Oexle, »Wissenschaft und ›Leben‹. Historische Reflexionen über Tragweite und Grenzen der modernen Wissenschaft«, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* 41 (1990), S. 145–161.

10 Otto Gerhard Oexle, »Max Weber – Geschichte als Problemgeschichte«, in: *Das Problem der Problemgeschichte 1880–1932*, hrsg. von dems. (Göttingen: Wallstein, 2001), insbes. S. 36. Siehe auch Ders., *Geschichtswissenschaft im Zeichen des Historismus. Studien zu Problemgeschichten der Moderne* (Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 1996). – Über alle Unterschiede der Argumentationsformen hinaus fließen in narrative Großdeutungen fachwissenschaftliche Erkenntnisanteile mit kulturellen Gedächtnistraditionen, medialen Vergegenwärtigungen und politischen Inszenierungen zusammen. Sie bilden das geronnene Ergebnis einer sozialen Memorialisierung. Denkstile verändern sich besonders im Generationenwechsel, beruhen auf neuen generationellen Erfahrungen. Geschichtsdeutungen sind immer umstritten, sie müssen sich im Wettbewerb durchsetzen, Diskurshegemonie erringen. Was heute als *Meistererzählung* gilt, kann morgen bereits in den Hintergrund gedrängt werden oder obsolet sein. Neue *Meistererzählungen* müssen verbreitet werden, hier kommen mit Macht die Medien und die Verlage ins Spiel. Vgl. Gangolf Hübinger, Verlagswesen und Geschichtspolitik. Eine Forschungsskizze, in: *Geschichtsdiskurs, Bd. 5: Globale Konflikte, Erinnerungsarbeit und Neuorientierungen seit 1945*, hrsg. von Wolfgang Küttler & Jörn Rüsen & Ernst Schulin (Frankfurt/M.: Fischer, 1999), S. 284–296. Neue Relevanz muss inszeniert werden, Deutungshegemonie errungen, schließlich institutionell, an Forschungsinstituten und universitären Historischen Seminaren verankert werden. Vgl. Konrad H. Jarausch & Martin Sabrow, »Meistererzählung. – Zur Karriere

## Die verlorene Nation und der deutsch-deutsche Anspruch auf (Neu-)Konstruktion der nationalen Einheit: Historiker im Kalten Krieg

Als erste »große Erzählung« nach der bedingungslosen Kapitulation des »Großdeutschen Reiches« tritt einem das entgegen, was man das Narrativ von der Nation als – temporärer – Verlustgeschichte nennen kann. Das Ende des Deutschen Reiches 1945 bedeutete auch das Ende seiner bisherigen Nationalgeschichte. Durch die Verbrechen- und Kriegspolitik, durch Besatzungszeit und Souveränitätsverlust, durch die Auflösung Preußens, schließlich durch die doppelte Staatsgründung 1949 war die seit 1871 bestehende Konstruktion deutscher Nationalstaatlichkeit zerstört. Die territoriale Neugliederung als Folge der alles überwältigenden Struktur des Ost-West-Konflikts bewirkte eine hochgradige Ideologisierung der Politik, der Sozialkultur und der Wissenschaft. Historiker wähten sich im *posthistoire*, in einer Zeit, in der Geschichte zum »dunklen Rätsel«<sup>11</sup> gerann, oder in einer »traditionsarmen Stunde«.<sup>12</sup> Die Kontinuität der deutschen Nationalgeschichte war unterbrochen, Traditionen waren abgeschnitten, Unsicherheit über die Zukunft herrschte allenthalben vor. Allerdings blieb der Blick der meisten Historiker auf die Nationalgeschichte – biographisch bedingt – stark »vorbelastet«: Der geschlossene Nationalstaat, jenseits der nationalsozialistischen Entgrenzung und Pervertierung, bedeutete für sie nach wie vor das Ideal.<sup>13</sup>

Angesichts der deutschen Spaltung glaubten Historiker wie Politiker in Ost- und West-Deutschland, die nationale Einheit erst noch (und wieder) erlangen zu müssen; die Aufgabe schien der im 19. Jahrhundert vergleichbar. Der Nationalstaat war deshalb das natürliche Medium und Ziel deutscher historischer Selbstverständigung. Im Westen obwaltete eine am Nationalstaat orientierte Geschichtsschreibung, ein »moralisch gezähmter Historismus«.<sup>14</sup>

---

eines Begriffs«, in: *Die historische Meistererzählung. Deutungslinien der deutschen Nationalgeschichte nach 1945*, hrsg. von dens. (Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 2002), S. 9–32.

- 11 Siegfried A. Kaehler, »Vom dunklen Rätsel«, in: ders., *Studien zur deutschen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts. Aufsätze und Vorträge* (Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 1961), S. 363–375.
- 12 Hermann Heimpel, »Geschichte und Geschichtswissenschaft«, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 5 (1957), S. 1–17, insbes. S. 17; siehe auch ders., »Gedanken«, in: ders., *Kapitulation vor der Geschichte? Gedanken zur Zeit*, (Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 2<sup>1957</sup>), S. 11–25.; Hartmut Boockmann, *Der Historiker Hermann Heimpel* (Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 1990); Ernst Schulin, *Hermann Heimpel und die deutsche Nationalgeschichtsschreibung* (Heidelberg: Winter, 1998).
- 13 Vgl. Christoph Cornelißen, »Der wiederentstandene Historismus. Nationalgeschichte in der Bundesrepublik der fünfziger Jahre«, in: *Meistererzählung*, hrsg. von Jarausch & Sabrow, a.a.O. (Anm. 10), S. 78–108.
- 14 Ernst Schulin, *Traditionskritik und Rekonstruktionsversuch. Studien zur Entwicklung von Ge-*

»Irrweg« seit Martin Luther.<sup>21</sup> Ähnlich radikale Gewissheiten hatten angloamerikanische Historiker bereits während des Weltkrieges geäußert, die eine Kontinuitätslinie von Luther zu Hitler zogen und somit Druck auf die gängigen Interpretamente deutscher Nationalgeschichte ausübten.<sup>22</sup> Diesem nationalen Irrweg stellte die sozialistische Geschichtswissenschaft in der sowjetischen Besatzungszone nun den marxistischen Königsweg gegenüber. Die kommunistische »Misere-Theorie« eignete sich vorzüglich für eine nationale Alternativgeschichte, deren Höhepunkt das »bessere Deutschland« in Gestalt der DDR darstellte. Die im heroischen Kampf der Arbeiterklasse an der Seite der Sowjetunion gegen den Nationalsozialismus und für die Interessen der Nation angeblich erkämpfte DDR wurde mit dem offiziellen Staatsdesign des »besseren Deutschland« ausgestattet und in der Theorie der »Zwei-Klassen-Linien« der deutschen Nationalgeschichte vom »kapitalistischen Vasallenstaat BRD« scharf abgehoben.<sup>23</sup> Zwar kam es erst auf dem Historikertag in Trier 1958 zur endgültigen organisatorischen Trennung der west- und ostdeutschen Historiker, doch der Eklat ereignete sich, als man sich wissenschaftlich schon länger kaum mehr etwas zu sagen hatte.

Diejenigen westdeutschen Historiker, denen nationale Gewissheiten abhandeln gekommen waren, griffen bevorzugt nach dem Rettungsanker Europa und der Abendlandidee. Während die meisten protestantischen Historiker, wie vor allem Ritter, an der kleindeutschen Reichsidee und der daraus erwachsenden Nationsvorstellung festhielten – auch deshalb, weil die Hochburgen des Protestantismus in der DDR lagen und neun Zehntel der DDR-Bevölkerung Protestanten waren<sup>24</sup> –, favorisierten katholische Historiker wie Franz Schnabel, die aufgrund der erstmaligen numerischen Balance zwischen Protestanten und Katholiken in einem deutschen Staate aus ihrer Minoritätenposition heraustreten konnten, andere Varianten bzw. reaktivierten ihre eigenen älteren Vorstellungen, die nun der neuen Lage gemäß erschienen: Sie versuchten, mit der föderalen Reichsidee des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation alternative Wege der deutschen Geschichte zu entwerfen. Die über- und vornationalen Tra-

21 Alexander Abusch, *Irrweg einer Nation. Ein Beitrag zum Verständnis deutscher Geschichte* (Berlin: Aufbau, 1946).

22 Vgl. Alan J.P. Taylor, *The course of German history: A survey of the development of Germany since 1815* (London: Hamilton, 2 1946); Arnold J. Toynbee, *A study of history* (London, mehrte Bände und verschiedene Auflagen 1935ff.).

23 Allgemein dazu: Günter Heydemann, *Geschichtswissenschaft im geteilten Deutschland. Entwicklungsgeschichte, Organisationsstruktur, Funktionen, Theorie- und Methodenprobleme in der Bundesrepublik Deutschland und in der DDR* (Frankfurt/M.: Lang, 1980); Wolfgang Küttler, »Die marxistisch-leninistische Geschichtswissenschaft und das Systemdenken im Ost-West-Konflikt«, in: *Geschichtsdiskurs*, a. a. O. (Anm. 10), Bd. 5, S. 75–105.

24 Protestantische Historiker wie Ritter waren deshalb auch z.T. führend, jedenfalls aber beratend in der Evangelischen Kirche aktiv, die sie zu Recht als – bald letzte – gesamtdeutsche Klammer ansahen. Dazu: Claudia Lepp, *Die Ost-West-Gemeinschaft der evangelischen Christen und die deutsche Teilung 1945–1969* (Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 2005).

ditionen des Alten Reiches, seine friedenssichernden Funktionen, seine kulturelle Vielfalt und tiefe Verwurzelung im christlichen Europa schienen den Weg der Deutschen in eine überstaatliche europäische Gemeinschaft erleichtern zu können. Die Reichsidee karolingischer Aufladung bedeutete das Gegenbild zum souveränen Nationalstaat, war föderalistisch und wies politisch-ideologisch auf Westeuropa,<sup>25</sup> korrespondierte mithin trefflich mit der forcierten Westintegrationspolitik Adenauers. Andere, der Abendlandidee skeptisch gegenüber stehende Historiker, wie Hermann Heimpel – der sie als »Limes-Ideologie« bezeichnete, weil sie Ostdeutschland auszugrenzen drohte<sup>26</sup> – betonten das Dilemma der Teilung Deutschlands:

Sie bindet das deutsche Handeln im 20. Jahrhundert, statt dass es die Nation als unent-

25 Franz Schnabel hatte immer die Frage beschäftigt, ob die militärische Entscheidung von 1866 zugunsten einer kleindeutschen Reichsgründung eine Notwendigkeit oder nicht vielmehr ein nationales Unglück gewesen sei. In einem Artikel aus dem Jahr 1949/50 beschrieb er das Problem so: Bismarck habe als überragender und letzter Vertreter der vormodernen Staatskunst die seit der französischen Revolution entfesselten Kräfte des Nationalismus eingefangen und auf die Bahn der Staatsräson gezwungen. Gegen die Zeit habe er der friderizianischen Machtpolitik ein letztes Mal zum Durchbruch verholfen, nur auf den Zuwachs des eigenen Staatskörpers schauend. Damit habe er das friedenswahrende europäische Mächtekonkordat zerlegt, vor allem aber die Chancen für eine christlich-föderative Ordnung Mitteleuropas zerschlagen. Sie, nicht die bereits heraufziehenden, aber erst das katastrophische 20. Jahrhundert wirklich prägenden Nationalismen, seien die Ordnung gewesen, die eigentlich dem 19. Jahrhundert entsprochen hätte. Anknüpfungspunkte für eine solche Politik seien gewesen: der Deutsche Zollverein, der Deutsche Bund, eine Nachfolgeordnung für das Habsburgerreich, die großdeutschen Ideen eines Constantin Frantz. Über alles sei Bismarck hinweg gegangen. Vgl. Franz Schnabel, »Das Problem Bismarck«, in: *Hochland* 42 (1949/50), S. 1–27; sein zwiespältiges Verhältnis zur Bismarckschen Reichsgründung hatte Schnabel damit angesichts der Kriegsniederlage und der deutschen Teilung noch einmal zugespitzt; zuvor schon: Ders., *Deutsche Geschichte im neunzehnten Jahrhundert, Bd. 1: Die Grundlagen* (Freiburg: Herder, 1929), *Bd. 2: Monarchie und Volkssouveränität* (Freiburg: Herder, 1933), *Bd. 3: Erfahrungswissenschaften und Technik* (Freiburg: Herder, 1934), *Bd. 4: Die religiösen Kräfte* (Freiburg: Herder, 1937). Vgl. Thomas Hertfelder, *Franz Schnabel und die deutsche Geschichtswissenschaft. Geschichtsschreibung zwischen Historismus und Kulturkritik (1910–1945)* (Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 1995). Gerhard Ritter trat den Thesen Schnabels energisch entgegen, er sah im Hochland-Artikel seines Kollegen einen grundsätzlichen Angriff auf das Gründungswerk Bismarcks, den er nur als Delegitimierung der deutschen Geschichte überhaupt deuten konnte. Zur kleindeutschen Reichsgründung habe es aber keine realistische Alternative gegeben, das müsse heute, auch aus volkspädagogischen Gründen, immer betont werden. Vgl. Gerhard Ritter, »Das Bismarckproblem«, in: *Merkur* 4 (1950), S. 657–676.

26 Heimpel, *Kapitulation*, a. a. O. (Anm. 12), insbes. S. 9f. Heimpel machte sich Sorgen darum, dass das Mittelalter, im Namen Karls des Großen, zu einer neuen Gefahr für die geistige und politische Einheit Deutschlands werde: »In jedem D-Zug-Wagen hängt eine Eisenbahnkarte der Bundesrepublik – ein schmales Gebilde mit zügigen Nord-Süd-Linien und kleinlichen West-Ost-Verbindungen, das jeden Kenner des historischen Schulatlasses an die Karte des karolingischen Reiches erinnert. Doch ist dieses neu-karolingische Rumpfdeutschland noch kleiner als sein alten Ebenbild.« Zitiert nach Heimpel, *Gedanken*, a. a. O., S. 23.

behrliches Bauglied Europas voraussetzen könnte, noch einmal an das Ziel ihrer Verwirklichung, an eine Idee des 19. Jahrhunderts.<sup>27</sup>

Schließlich muss eine weitere wirkungsmächtige Variante historischen Denkens genannt werden: Der föderale Blick auf Stamm- und Kulturstaat, namentlich in Bayern.<sup>28</sup> Das Nationalstaatsparadigma wurde nicht allein europäisch, sondern auch *innerbundesrepublikanisch* gebrochen, am nachhaltigsten in Süddeutschland. Damit ist zunächst ein »Katastrophenautonomismus«<sup>29</sup> angesprochen, eine Spielart des Separatismus, der auf die heimatische Nahwelt rekurrierte und kurzzeitig in Ideen einer »Alpenländischen Union« oder einer »Donau-Konföderation« mündete.<sup>30</sup> Solche Gedanken entsprangen einer Entlastungsstrategie hinsichtlich des Nationalsozialismus und stellten den Versuch dar, aus der kollektiven politischen Haftungs- und Solidargemeinschaft aller Deutschen auszuweichen.

Waren dies extreme Positionen ohne Zukunft, so lassen sich in Bayern doch noch lange Zeit geschichtsrevisionistische Vorstellungen, liiert mit einem oftmals wohlfeilen Antiburussianismus, deutlich erkennen. In München wirkte seit 1946 Max Spindler bis in die 1960er Jahre hinein als führender Historiker und knüpfte – im Verbund mit den politischen Eliten des Freistaates – an ältere Bemühungen zum Erhalt bayerischer Eigenstaatlichkeiten an: War an der Universität München 1898 ein Lehrstuhl für bayerische Geschichte eingerichtet worden,<sup>31</sup> so gründete Spindler 1946 das Institut für Bayerische Geschichte, das zu einer Art Kadenschmiede nicht nur des wissenschaftlichen, sondern auch des politischen Nachwuchses in Bayern wurde. Darüber hinaus war er auch *Spiritus Rector* des Hauses der Bayerischen Geschichte, dessen Anfänge bereits in den 1950er Jahren lagen. Dieses war die volkspädagogische Variante seines alles überragenden Ziels, die bayerische Eigenstaatlichkeit historisch zu untermauern:

27 Ders. *Kapitulation*, a. a. O. (Anm. 12), S. 9.

28 Vgl. Ulla-Britta Vollhardt, »Zwischen Staatstradition und Regionalbewusstsein. Staatliche Heimatpolitik in Bayern nach 1945«, in: *Das Erbe der Provinz. Heimatkultur und Geschichtspolitik nach 1945*, hrsg. von Habbo Knoch (Göttingen: Wallstein, 2001), S. 117–142; Edgar Wolfrum, »Geschichtspolitik in Bayern. Traditionsvermittlung, Vergangenheitsbearbeitung und populäres Geschichtsbewusstsein«, in: *Bayern im Bund, Bd. 3: Politik und Kultur im föderativen Staat*, hrsg. von Thomas Schlemmer & Hans Woller (München: Oldenbourg, 2004), S. 349–409.

29 Hans-Peter Schwarz, *Vom Reich zur Bundesrepublik. Deutschland im Widerstreit der außenpolitischen Konzeptionen in den Jahren der Besatzungsherrschaft 1945–1949* (Neuwied & Berlin: Luchterhand, 1966), insbes. S. 12.

30 Vgl. Jürgen Klöckler, *Abendland – Alpenland – Alemannien. Frankreich und die Neugliederungsdiskussion in Südwestdeutschland 1945–1949* (München: Oldenbourg, 1998).

31 Vgl. Katharina Weigand, »Der Lehrstuhl für bayerische Landesgeschichte an der Universität München und sein erster Inhaber Sigmund von Riezler«, in: *Im Dienst der bayerischen Geschichte. 70 Jahre Kommission für bayerische Landesgeschichte. 50 Jahre Institut für Bayerische Geschichte*, hrsg. von Wilhelm Volkert & Walter Ziegler (München: Beck, 1998), S. 307–350.

Bayern könne aus einer tausendjährigen Vergangenheit schöpfen, es sei Kulturstaat, »Föderativ- und Defensivkörper mit dem Grundgedanken der Wahrung des Friedens« gewesen,<sup>32</sup> ganz im Gegensatz zum in der deutschen Geschichte dominierenden, preußisch überformten Machtstaat. Die Pflege der bayerischen Geschichte war in Spindlers Augen gleichbedeutend mit der Pflege des bayerischen Staates: »Ohne Geschichtsbewusstsein kein Staatsbewusstsein, und wenn man fortfährt: Ohne Staatsbewusstsein keine Staatsregierung.«<sup>33</sup>

## Die »verspätete Nation« als Entmystifizierungskonstrukt und die Anfänge der Sonderwegsthese als nationale Fallgeschichte: Historiker in der Epochenschwelle der 60er Jahre

Seit dem Übergang von den 1950er zu den 1960er Jahren setzten in der Bundesrepublik vielfältige, teils widersprüchliche Wandlungsprozesse ein, die in eine »Fundamentalliberalisierung« (Jürgen Habermas) mündeten, welche seit Mitte der 1960er Jahre an Fahrt gewann. Diese bewirkte eine Verinnerlichung der bundesdeutschen Demokratie und brachte Zugewinne an Partizipation, aber ebenso eine Hinnahme der deutschen Teilung. Zuerst gab es jedoch eine gegen die zunehmende Liberalisierung gerichtete Bestrebung: Konservative Politiker, Publizisten und Historiker, allen voran Hans Buchheim, sprachen bereits vor dem Mauerbau von 1961 vom »wahren Vaterland Bundesrepublik« und meinten damit, dass allein in der Bundesrepublik Deutschland die Nation mit ihrer Geschichte weiter lebe, während das kommunistische Regime diese Kontinuität gesprengt und die Nation durch das Proletariat und die Geschichte durch den historischen Materialismus ersetzt habe. Dies war die Fortführung der Hallstein-

32 Max Spindler, »Von der bayerischen Geschichte, ihrer Erforschung, Darstellung und Pflege seit den Anfängen des neunzehnten Jahrhunderts«, in: *Unser Geschichtsbild. Der Sinn in der Geschichte*, hrsg. von Karl Rüdinger (München: Bayerischer Schulbuch-Verl., 1955), S. 81–98, insbes. S. 87.

33 Zit. nach Karl Böck, »Der politische Auftrag des Historikers. Das historiographische Grundanliegen Max Spindlers«, in: *Zeitschrift für Bayerische Landesgeschichte* 58 (1995), S. 3–10, insbes. S. 5. Der bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß, selbst Historiker, bescheinigte Spindler zu dessen 90. Geburtstag im Jahr 1984, er habe ein sinnerfülltes Geschichtsbild entworfen, in dem die bayerische Landesgeschichte sich klar, überschaubar und für jedermann verständlich darstelle. Vgl. Andreas Kraus, »Max Spindler. Persönlichkeit und Werk«, in: *Zeitschrift für Bayerische Landesgeschichte* 49 (1986), S. 579–593, insbes. S. 593. Besonders das von Spindler konzipierte, herausgegebene und in weiten Teilen mitverfasste *Handbuch der bayerischen Geschichte*, das in vier Bänden zwischen 1967 und 1975 erschien und vom Bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus finanziert wurde, sollte durch eine gesamt-bayerische Geschichtsbetrachtung das Geschichts- und damit das Staatsbewusstsein befördern.

Doktrin auf dem Feld der Geschichte.<sup>34</sup> Der provisorische Charakter der Bundesrepublik wurde bestritten und mit den Ansätzen zu einer »Nation« Bundesrepublik sollte dem diagnostizierten »Geschichtsverlust«<sup>35</sup> begegnet werden.

Die Soziologie mit ihren tonangebenden und weit in die Öffentlichkeit hinein wirkenden konservativen Wissenschaftlern Hans Freyer, Helmut Schelsky und Arnold Gehlen hatte vielfach rezipierte Theorien zur strukturell bedingten »Geschichtsmüdigkeit« geliefert: Die technische Rekonstruktion und Neuschaffung der Welt werde zwangsläufig zu einer Abwendung von der Geschichte führen.<sup>36</sup> Das Schwinden von Geschichtsbewusstsein liege in der Logik der neuen, bisher nie gekannten gesellschaftlichen Dynamik begründet, in der sich der Mensch von allen Zwängen löse und sich seine eigene, gleichsam »nachgeschichtliche« Welt schaffe. Dieser einflussreiche Zweig der Soziologie feierte das *posthistoire*; Geschichte schien nicht mehr notwendig, ebenso wenig Erinnerung, womit dem Beschweigen des Nationalsozialismus in den fünfziger Jahren eine Absolution erteilt wurde. Demgegenüber klagte Theodor W. Adorno 1959: »Erinnerung, Zeit, Gedächtnis [werden] von der fortschreitenden bürgerlichen Gesellschaft als eine Art irrationaler Rest liquidiert.«<sup>37</sup> Er knüpfte dabei an Thesen Walter Sombarts und Max Webers an, dass Geschichte – verstanden als lebendige Erinnerung und leitende Tradition – dem Prinzip kapitalistischer Gesellschaften widerspreche: der zukunftsorientierten Rationalität. Im von Waldemar Besson herausgegebenen *Fischer Lexikon Geschichte* verfasste der junge Wolfgang J. Mommsen 1961 ein Krisenszenario des historischen Denkens der Gegenwart.<sup>38</sup> Die von ihm festgestellte Flucht aus der Nationalgeschichte, die für so viele Westdeutsche kennzeichnend sei, gründete zusätzlich zu den soziologischen Befunden und dem Wegfall des (Bildungs-)Bürgertums als sozialer Führungsschicht auf dem großen Trauma der NS-Vergangenheit, die sich als

34 Vgl. Wolfrum, *Geschichtspolitik*, a. a. O. (Anm. 7), S. 229; Hans Buchheim, *Aktuelle Krisenpunkte des deutschen Nationalbewußtseins* (Mainz: v. Hase & Koehler, 1967).

35 Vgl. Alfred Heuss, *Verlust der Geschichte* (Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 1959).

36 Vgl. Hans Freyer, *Theorie des gegenwärtigen Zeitalters* (Stuttgart: DVA, 1955); Helmut Schelsky, *Der Mensch in der wissenschaftlichen Zivilisation* (Köln & Opladen: Westdeutscher Verl., 1961); Arnold Gehlen, *Die Seele im technischen Zeitalter. Sozialpsychologische Probleme in der industriellen Gesellschaft* (Reinbek: Rowohlt, 1957); siehe auch Paul Nolte, *Die Ordnung der deutschen Gesellschaft. Selbstentwurf und Selbstbeschreibung im 20. Jahrhundert* (München: Beck, 2000); zum *posthistoire* vgl. Lutz Niethammer, *Posthistoire. Ist die Geschichte zu Ende?* (Reinbek: Rowohlt, 1989).

37 Theodor W. Adorno, Was bedeutet Aufarbeitung der Vergangenheit?, in: *Gesellschaft, Staat, Erziehung* 5 (1959/60), insbes. S. 5.

38 Wolfgang J. Mommsen, »Historisches Denken der Gegenwart«, in: *Das Fischer Lexikon: Geschichte*, hrsg. von Waldemar Besson (Frankfurt/M.: Fischer, 1961), S. 92–102. Die Geschichtsmüdigkeit sei vor allem strukturell bedingt: »Der Mensch in seiner großen Zahl lebt heute, eingespannt in alltägliche Aufgaben und Bezüge, gleichsam geschichtslos dahin.« (Ebd., insbes. S. 94).

»Schuldmauer«, ein immer wieder verwendeter Ausdruck von Hermann Heimpel, vor die Nation schob und sie desavouierte.

Die These vom »Vaterland Bundesrepublik« war zunächst von der konservativ-abendländischen Seite vorgebracht worden und orientierte sich am gesellschaftlichen Status quo der Adenauer-Zeit. Bald darauf entstand, von der linksliberalen Seite kommend, eine neue, viel »emanzipatorischere« Deutung: diejenige vom deutschen Sonderweg und seinem Ende 1945. Golo Manns *Deutsche Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts* aus dem Jahr 1958, Helmuth Plessners Buch *Die verspätete Nation* (ursprünglich 1935 im holländischen Exil entstanden und 1959 neu aufgelegt<sup>39</sup>), die Fischer-Kontroverse seit 1961, Ralf Dahrendorfs *Gesellschaft und Demokratie in Deutschland* von 1965<sup>40</sup> sowie Veränderungen im politischen und sozialen Raum, schließlich generationelle Umbrüche führten zu einer Formverwandlung historischen Denkens. Sie verhalfen der linksliberalen Sonderwegsthese und allgemein neuen Trends zur Struktur-, Sozial- und Gesellschaftsgeschichte allmählich zum Durchbruch. Golo Manns Werk war ein Versuch, Antworten auf Fragen zu geben, welche die NS-Zeit aufwarf, vor allem jedoch schlugen die politisch-gesellschaftlichen Intentionen des Autors durch: »Geschichte soll uns nicht nur zeigen, was wir sind; sie soll uns auch zeigen, was wir *nicht* mehr sind.«<sup>41</sup>

Die Fischer-Kontroverse seit dem Beginn der 1960er Jahre um die Ursachen des Ausbruchs des Ersten Weltkrieges ist zweifellos die historiographische Schlüsselkontroverse in der Bundesrepublik.<sup>42</sup> Fritz Fischers These einer aktiven, von einer Interessenkontinuität konservativer Gesellschaftsschichten getragenen Hegemonialpolitik vor und nach dem Ersten Weltkrieg brach in radikaler Weise mit dem bestehenden Geschichtskonsens, der den deutschen Selbstbehauptungscharakter der Politik 1914/18 betont hatte und damit einen dicken Trennungstrich zwischen dem Kaiserreich und dem »Dritten Reich« ziehen konnte. In der Fischer-Kontroverse kündigten jüngere Historiker den bis dahin verbindlichen

39 Golo Mann, *Deutsche Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts* (Frankfurt/M.: Fischer, 1958); siehe auch Jeroen Koch, *Golo Mann und die deutsche Geschichte. Eine intellektuelle Biographie* (Paderborn: Schöningh, 1998), insbes. S. 191ff; Rolf Hochhuth, »Ein Klassiker wird achtzig. Was meine Generation von Golo Mann gelernt hat«, in: *Hochschul-Welt* 5 (1989), S. 4. Hochhuth bezeichnet Mann als »maßgebenden Erzieher« der jungen Generation.; Helmuth Plessner, *Die verspätete Nation. Über die politische Verführbarkeit bürgerlichen Geistes* (Frankfurt/M.: Kohlhammer, 1959).

40 Ralf Dahrendorf, *Gesellschaft und Demokratie in Deutschland* (München: Piper, 1965).

41 Mann, *Deutsche Geschichte*, a. a. O. (Anm. 39), insbes. S. 13f.

42 Dazu vor allem Wolfgang Jäger, *Historische Forschung und politische Kultur in Deutschland. Die Debatte 1914–1980 über den Ausbruch des Ersten Weltkrieges* (Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 1984). Siehe auch zuletzt: Konrad H. Jarausch, »Der nationale Tabubruch. Wissenschaft, Öffentlichkeit und Politik in der Fischer-Kontroverse«, in: *Zeitgeschichte als Streitgeschichte. Große Kontroversen seit 1945*, hrsg. von Martin Sabrow & Ralph Jessen & Klaus Große Kracht (München: Beck, 2003), S. 20–40.

nationalen Konsens auf; die enge Verbindung von Geschichtswissenschaft und deutschem Nationalstaat als unverbrüchlicher Bezugsgröße in der Bundesrepublik begann zu zerbrechen. Die Kontroverse barg zugleich ganz erhebliche politische Implikationen. Sie war der Türöffner für ein Überdenken der deutschen Frage, für eine »Bundesrepublikanisierung« des Geschichtsbildes von links. Nach 1945 kam der Unschuld-These bzw. der »Schlitter-These«, wonach alle Mächte durch eine verhängnisvolle Verkettung in den Ersten Weltkrieg hineingeschlittert seien, eine ganz besondere Bedeutung zu, war sie doch geeignet, den in der alliierten Öffentlichkeit weit verbreiteten Vorwurf zu entkräften, die preußisch-deutsche Geschichte habe sich von Beginn an durch einen extremen Nationalismus und einen übersteigerten Militarismus ausgezeichnet. Die Unschuld-These war deshalb der Dreh- und Angelpunkt der nationalapologetischen Diskontinuitätskonstruktion vom Kaiserreich zum »Dritten Reich«. Das Bewusstsein von der relativen oder gar absoluten Unschuld Deutschlands am Ersten Weltkrieg spielte im westdeutschen Nationalbewusstsein eine zentrale Rolle, die dadurch noch verstärkt wurde, dass es an der Kriegsursache des Zweiten Weltkrieges nichts zu deuteln gab. Dass beide Katastrophen des 20. Jahrhunderts Glieder ein- und derselben Kette von Fehlentwicklungen der deutschen Geschichte darstellen könnten, schien im Westen Deutschlands aus geschichtspolitischen Motiven heraus undenkbar: Eine solche Interpretation arbeitete in die Hände der DDR-Geschichtswissenschaft.

Die Fischer-Kontroverse zeigte eines mit aller Deutlichkeit: Obwohl sich die meisten deutschen Historiker seit Ranke auf das Objektivitätsideal berufen hatten, stellte sich heraus, wie einseitig ihre Interpretationen waren und dass unangenehme Quellen – wie das September-Memorandum am Vorabend des Weltkrieges – von Fischers Widersachern jahrelang »übersehen« wurden, ja dass sie ihre Interpretationen in den Dienst einer politisch als notwendig erscheinenden Konstruktion der Vergangenheit stellten und somit hinsichtlich der Ursachen des Ersten Weltkrieges einen veritablen Unschuldskomplex kultivierten, der die westdeutsche Gesellschaft in den 1950er Jahren und, nur gelinde abgeschwächt, noch in die 1960er Jahre hinein prägte. Nun aber stand mit einem Male das gesamte Kaiserreich auf dem Prüfstand, ferner der Versailler Vertrag und die deutsche Revisionismus-Kampagne nach 1919, der Aufstieg Hitlers und die Kriegspolitik des »Dritten Reiches«, insbesondere gegen die Sowjetunion, weiterhin die Frage nach dem Stellenwert von 1945 und nach den Folgen der Fortexistenz eines national-konservativen Geschichtsbildes für die intellektuelle Atmosphäre sowie die politische Kultur und den Mentalitäten in der Bundesrepublik.

Ralf Dahrendorfs Diktum, dass »[d]ie deutsche Frage [...] die Frage nach den Hemmnissen der liberalen Demokratie« sei,<sup>43</sup> wurde jenen zum Programm,

43 Dahrendorf, *Gesellschaft und Demokratie in Deutschland*, a. a. O. (Anm. 40), insbes. S. 39.

die eine intellektuelle Enge und politische Sterilität der späten Adenauer-Ära monierten. Sein Buch wurde zum »Grundbuch des westdeutschen Identitätswandels«<sup>44</sup> und spielte eine zentrale Rolle in der »intellectual history« der Bundesrepublik Deutschland. Dahrendorfs Argumentation zielte auf ein »liberales Prinzip«, das in allen gesellschaftlichen Bereichen wirksam werden müsse und das auf der sozialen Durchsetzung der staatsbürgerlichen Beteiligungsrechte, einer rationalen Regelung gesellschaftlicher Konflikte, dem Pluralismus der Eliten und öffentlichen Tugenden als vorherrschenden Wertorientierungen beruhe. Dieses liberale Prinzip sei bisher in Deutschland nicht heimisch geworden, eine Folge von Verwerfungen, die die deutsche Gesellschaft seit der rapiden Industrialisierung am Ende des 19. Jahrhunderts gekennzeichnet hätten. Autoritäre Zustände und Mentalitäten, Überhänge aus der Vergangenheit, diagnostizierte der Soziologe auch noch in der westdeutschen Gesellschaft. Dahrendorf plädierte vehement dafür, die Chance der Freiheit zu ergreifen, und dies hieß: Ausweitung der Demokratie über die staatlichen Institutionen und Verfahren hinaus auf die Gesellschaft. Damit wandte er sich auch gegen die Positionen von Freyer, Gehlen oder Schelsky, die einer systemstabilisierenden Funktion der Wissenschaften im technischen Zeitalter das Wort redeten.

Dieser neue Demokratiediskurs wirkte wie ein Fanal. Eine neue Generation von Sonderwegshistorikern trat mit dem Ziel einer umfassenden Demokratisierung der Gesellschaft an, wollte also auch politisch wirken. Sie verband Modernisierungstheorien und dezidierte Westorientierung mit einer Kritik an den restaurativen Zügen der bundesdeutschen Gesellschaft und ließ dennoch Raum für eine positive Identifikation mit dem neuen Gemeinwesen. Der Blick auf nationale Geschichte schwächte sich indessen nicht ab, im Gegenteil, sie wurde jetzt als die nationale Fallgeschichte eines verhängnisvollen Sonderwegs seit spätestens der Mitte des 19. Jahrhunderts beschrieben – auf dem atavistische Eliten dominierten, Deutschland von einer exzeptionellen Aggressivität gekennzeichnet war und die Ungleichzeitigkeit von wirtschaftlicher und politischer Modernisierung eines der Grundübel darstellte.<sup>45</sup> Die Pointe war, dass dieser nationale Sonder-

44 Ulrich Herbert, »Liberalisierung als Lernprozess. Die Bundesrepublik in der deutschen Geschichte – eine Skizze«, in: *Wandlungsprozesse in Westdeutschland. Belastung, Integration, Liberalisierung 1945–1980*, hrsg. von dems. (Göttingen: Wallstein, 2002), S. 7–49, insbes. S. 30. Siehe auch Moritz Scheibe, »Auf der Suche nach der demokratischen Gesellschaft«, in: ebd., S. 245–277.

45 Siehe Hans Ulrich Wehler, *Modernisierungstheorie und Geschichte* (Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 1975); Wolfgang Schieder & Volker Sellin (Hrsg.), *Sozialgeschichte in Deutschland. 4 Bde.* (Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 1986/87); Jürgen Kocka, *Sozialgeschichte. Begriff – Entwicklung – Probleme* (Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 2 1986); Thomas Welskopp, »Identität ex negativo. Der ›deutsche Sonderweg‹ als Metaerzählung in der bundesdeutschen Geschichtswissenschaft der siebziger und achtziger Jahre«, in: *Meistererzählung*, hrsg. von Jarausch & Sabrow, a. a. O. (Anm. 10), S. 109–139.

weg 1945 an sein Ende gelangt sei – in der Bundesrepublik jedenfalls, wobei es verblüfft, wie unbefangen bundesdeutsche Geschichte mit deutscher Geschichte gleichgesetzt wurde. Die Sonderwegsthese war so gesehen auch die Erzählung einer großen Läuterung der (West-)Deutschen. Die Spaltung der Nation andererseits galt vielen »hegelianisch Denkenden« als die unaufhebbare Logik der Geschichte. Im Interpretament vom deutschen Sonderweg dokumentierte sich der Wandel gesellschaftlicher und politischer Orientierungsmuster seit der Mitte der 1960er Jahre, eine Abkehr von nationalkulturellen Traditionen und eine Hinwendung zu verfassungspolitischen Konzepten. Diese Transformation der bundesdeutschen Geschichtswissenschaft, die niemals unumstritten und immer umkämpft war, stand in direktem Zusammenhang mit dem Westernisierungsprozess, dessen Bestandteil sie ist.<sup>46</sup> Die Verwestlichung der historischen Wissenschaft wurde durch zahlreiche Austauschprogramme, vor allem des Deutschen Akademischen Austauschdienstes, aber auch durch Initiativen von Stiftungen institutionell untermauert. Die Konsequenz war eine erfolgreiche Einbindung der bundesdeutschen Geschichtsforschung in die westliche Welt, zu einer bewussten Distanzierung und nationalen Selbstisolierung, wie sie die deutsche Historikergunft in den 1920er Jahren gekennzeichnet hatte, kam es nicht mehr.<sup>47</sup> Die Sozialwissenschaften hatten Methoden übernommen, die in der USA entwickelt worden waren; die Geisteswissenschaft schloss allmählich auf. Nicht zu unterschätzen ist dabei die Rolle der Remigranten – es waren zahlenmäßig nicht viele, aber die Wenigen entfalteten eine große Wirkung.

Spiegelverkehrtes geschah auch in der DDR. Weit mehr als die Bundesrepublik besaß die Historiographie der DDR ihre großen und eben auch verbindlichen, deshalb weit verbreiteten nationalen Erzählungen des Gemeinwens. Geschichtsbild und Nationsverständnis beeinflussten sich in der DDR stets gegenseitig.<sup>48</sup> Drei Anläufe zu einer autoritativen Gesamtschau der Nationalgeschichte aus staatssozialistischer Perspektive gab es: erstens das 1952 begonnene, aber erst 1969 abgeschlossene *Hochschullehrbuch der deutschen Geschichte* in drei Bänden, zweitens die achtbändige *Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung* aus dem Jahr 1966 und drittens die seit 1982 erschienene, aber nie vollendete zwölfbändige *Geschichte des deutschen Volkes*, später *Deutsche Geschichte*.<sup>49</sup> Alle

46 Vgl. Anselm Doering-Manteuffel, *Wie westlich sind die Deutschen? Amerikanisierung und Westernisierung im 20. Jahrhundert* (Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 2000), insbes. S. 73.

47 Vgl. Hartmut Lehmann, »Die ›Verwestlichung‹ der historischen Wissenschaft«, in: *Westbindungen. Amerika in der Bundesrepublik*, hrsg. von Heinz Bude & Bernd Greiner (Hamburg: Hamburger Edition, 1999), S. 119–137.

48 Siehe Klaus Erdmann, *Der gescheiterte Nationalstaat. Die Interdependenz von Nations- und Geschichtsverständnis im politischen Bedingungsgefüge der DDR* (Frankfurt/M.: Lang, 1996).

49 Vgl. Martin Sabrow, »Auf der Suche nach dem materialistischen Meisterton. Bauformen einer nationalen Gegenerzählung der DDR«, in: *Meistererzählung*, a. a. O. (Anm. 10), S. 33–77; ders., *Das Diktat des Konsenses. Geschichtswissenschaft in der DDR 1959–1969* (München: Ol-

diese Projekte gaben den nationalstaatlichen Rahmen nicht auf und bedeuteten dennoch einen radikalen Bruch mit bisher geläufigen Deutungen der deutschen Geschichte. Das prononciert aufstiegsgeschichtliche Denkmuster mit einem gesetzlichen Entwicklungsgang vom Niederen zum Höheren musste sich im innerdeutschen Konkurrenzkampf behaupten. Bis 1971 ging die SED und mit ihr die Geschichtswissenschaft von der Einheit der deutschen Nation aus und bekräftigte die nationale Vorreiterrolle der DDR, die in Deutschland eine historische Mission – die Wiedervereinigung unter sozialistischen Vorzeichen – zu erfüllen habe. Unter präsentistischem Blickwinkel galt es, die »Klassenlinien« der Nationalgeschichte herauszuarbeiten und für den gegenwärtigen Antagonismus im Zeichen des Ost-West-Konflikts nutzbar zu machen. Verflechtung und Abgrenzung gingen so Hand in Hand, bis mit der Ablösung Walter Ulbrichts durch Erich Honecker Anfang der 1970er Jahre immer stärker die nationale Frage durch die soziale überlagert wurde: Auf dem Panier stand seither ein sozialistischer Patriotismus, der nach innen integrieren und nach außen einen Abschirmungseffekt gegenüber der Bundesrepublik entfalten sollte.<sup>50</sup> Die Nation wurde mit den angeblichen »Zwei-Klassen-Linien« unterlegt, von denen zu Beginn dieses Beitrags bereits die Rede war.

Eine westdeutsche Besonderheit stellte das Konstrukt von der Nation als negativem Identitätsrahmen dar. Was ist damit gemeint? Mit Blick auf die Erklärung der deutschen Katastrophe war der alles überwölbende Antikommunismus in der Bundesrepublik der 1950er Jahre eine Art von Geschichtsaufarbeitungsersatz gewesen. Im Zeichen der Totalitarismustheorie hatte man Westdeutschland als natürlichen Rückhalt gegen den Bolschewismus betrachtet. Der Nationalsozialismus war vorrangig als Produkt moderner »Vermassung« des Menschen interpretiert und als Fremdkörper aus der nationalen Geschichte ausgeklammert worden.<sup>51</sup> Im Verlauf der Fischer-Kontroverse kam es jedoch zu einem irreversiblen Bruch mit dieser Deutung: Kaiserreich und »Drittes Reich« wurden seither immer stärker miteinander verwoben. Zwar richteten Sonderwegshistoriker ihr Augenmerk mehr auf die Frage nach den Ursachen des Nationalsozialismus, also auf den Weg hin zum Zivilisationsbruch, als auf die NS-Zeit selbst, doch

---

denbourg, 2001); ders. & Peter Th. Walther (Hrsg.) *Historische Forschung und sozialistische Diktatur. Beiträge zur Geschichtswissenschaft der DDR* (Leipzig: Leipziger Univ.-Verl., 1995); Joachim Petzold, *Parteinahme wofür? DDR-Historiker im Spannungsfeld von Politik und Wissenschaft* (Potsdam: Verl. für Berlin-Brandenburg, 2000).

50 Vgl. Erdmann, *Der gescheiterte Nationalstaat*, a. a. O. (Anm. 48), insbes. S. 140; Sigrid Meuschel, *Legitimation und Parteiherrschaft. Zum Paradox von Stabilität und Revolution in der DDR 1945–1989* (Frankfurt/M.: Suhrkamp, 1992), insbes. S. 275.

51 Anstelle vieler Einzeltitel: Hartmut Berghoff, »Zwischen Verdrängung und Aufarbeitung. Die bundesdeutsche Gesellschaft und ihre nationalsozialistische Vergangenheit in den Fünfziger Jahren«, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* 49 (1998), S. 96–114.

antisemitische Skandale 1959/60,<sup>52</sup> internationale und nationale Prozesse gegen nationalsozialistische Gewaltverbrechen seit dem Beginn der 1960er Jahre – vom Jerusalemer Eichmann-Prozess 1961 bis zu dem großen Frankfurter Auschwitzprozess in der Mitte des Jahrzehnts – und vor allem die intensiven, jahrelangen Verjährungsdebatten des Deutschen Bundestags seit 1960/61<sup>53</sup> führten einerseits zu einem Verwissenschaftlichungsschub im Bezug auf das »Dritte Reich«<sup>54</sup> und andererseits zu einer breiten, zum Teil radikalen Distanzierung vom Nationalstaat, die über dessen nationalsozialistische Pervertierung hinaus nun oftmals die gesamte Geschichte des deutschen Nationalstaats betraf und einen »antinationalen Affekt«<sup>55</sup> hervorriefen.

## Nation, aber was ist das? Nationskonzepte in der Erweiterung: Historikerdebatten nach dem Grundlagenvertrag

Der Grundlagenvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR vom Dezember 1972 bedeutete einen ähnlich tiefen Einschnitt für das bundesdeutsche Selbstverständnis wie Adenauers Westpolitik – und er spaltete auch die Historikerschaft. Auf dem Höhepunkt der Ratifizierungskampagne veröffentlichten über 200 Historiker, Politologen und Soziologen eine »Erklärung zur Ostpolitik«, in der sie die Mitglieder des Deutschen Bundestages aufforder-

52 Vgl. Werner Bergmann, *Antisemitismus in öffentlichen Konflikten. Kollektives Lernen in der politischen Kultur der Bundesrepublik 1949–1989* (Frankfurt/M. & New York: Campus, 1997), S. 235ff.

53 Nachdem 1960/61 eine Debatte über die Verjährung eines Straftatbestandes stattgefunden hatte, der viele NS-Gewaltverbrechen betraf, nämlich Totschlag – er verjährt nach 15 Jahren –, musste 1965 über die geltende Verjährungsfrist für Mord und Beihilfe zum Mord entschieden werden – beides verjährt nach 20 Jahren. Ergebnis der Debatten, die häufig als »Sternstunden« des Parlaments beschrieben wurden, war, dass die Verjährungsfrist für Mord hinausgeschoben wurde mit dem Argument, Strafverfolgungen von 1945 bis 1949 seien behindert gewesen. 1969 beschloss der Bundestag schließlich ein Strafrechtsänderungsgesetz: für Verbrechen des Völkermordes gab es nun keine Verjährung mehr. Dazu: Michael Greve, *Der justitielle und rechtspolitische Umgang mit den NS-Gewaltverbrechen in den sechziger Jahren* (Frankfurt/M.: Lang, 2001).

54 Vgl. Norbert Frei, »Der Frankfurter Auschwitz-Prozess und die deutsche Zeitgeschichtsforschung«, in: *Auschwitz: Geschichte, Rezeption, Wirkung*, hrsg. vom Fritz Bauer Institut (Frankfurt/M.: Campus, 1996), S. 123–138; Ulrich Herbert, »Der Holocaust in der Geschichtsschreibung der Bundesrepublik Deutschland«, in: *Zweierlei Bewältigung. Vier Beiträge über den Umgang mit der NS-Vergangenheit in den beiden deutschen Staaten*, hrsg. von dems. & Olaf Groehler (Hamburg: Ergebnisse Verl., 1992), S. 7–28.

55 Tilman Mayer, *Prinzip Nation. Dimensionen der nationalen Frage am Beispiel Deutschlands* (Opladen: Leske & Budrich, 1986), insbes. S. 48ff.

ten, den Ostverträgen zuzustimmen.<sup>56</sup> Die Gruppe derjenigen, die sich einer Gegenerklärung anschlossen, blieb um ein Vielfaches kleiner, war aber nicht weniger prominent besetzt.<sup>57</sup> Der Streit entzündete sich am Nationsverständnis: Staatsnation oder Kulturnation, 1871 oder 1848, wo lag der Vorrang? Die Kritiker des kulturnationalen Verständnisses der deutschen Geschichte, die zu meist aus der älteren Generation kamen, argumentierten: Staat und Gebiet, nicht nur Bewusstsein und Wille machten eine Nation aus; sie betonten die rechtliche Kontinuität vom Deutschen Reich zur Bundesrepublik. Die Befürworter der Ostpolitik leugneten diese Kontinuität nicht grundsätzlich, relativierten sie aber in der praktischen Relevanz erheblich.<sup>58</sup> Lange vor 1871 habe es in Gestalt der Kulturnation ein die Kleinstaaterei überwölbendes gemeinsames Dach aller Deutschen gegeben, ohne dessen Existenz die Reichsgründung von 1871 gar nicht vorstellbar gewesen wäre: Der Tatbestand der Nation hänge weniger von juristischen Vorbehalten als vielmehr davon ab, dass über die Generationen hinweg Wille und Bewusstsein der Zusammengehörigkeit lebendig blieben. So wurde dem staatszentrierten Nationskonzept der Kritiker der Ostpolitik ein »entstaatlichtes« Nationskonzept gegenüber gestellt.<sup>59</sup> Hinzu trat jetzt auch ein immer häufiger zu beobachtender ethisch-moralischer Impuls, trotz der Spaltung den nationalen Zusammenhalt zu bewahren. Dies deklarierten sozialliberale Politiker und ihnen nahe stehende Historiker bzw. allgemein Intellektuelle als die historische Reifepfung der Deutschen nach Auschwitz.<sup>60</sup>

Das Paradigma von der Kulturnation führte in den folgenden Jahren nicht zuletzt zu einer Aufwertung des Alten Reiches in der Geschichtswissenschaft und zur stärkeren Etablierung des Teilfaches Frühe Neuzeit an den bundesdeutschen Universitäten, die im Gefolge der Bildungsexpansion aus dem Boden sprossen

56 Vgl. Karl Dietrich Erdmann, »Die falsche Alternative«, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* 23 (1972), S. 357–360. Erdmann kritisierte hier den Text der Erklärung vom 17.4.1972 (Abdruck mit der Liste der Unterzeichner ebd., S. 354–356). Zu den Unterzeichnern gehörten viele der jüngeren Historiker, die in den siebziger und achtziger Jahren zu Meinungsführern wurden. Aus der älteren Generation schlossen sich z.B. an: Theodor Eschenburg, Fritz Fischer, Hermann Heimpel, Golo Mann, Hans Rothfels, Reinhard Wittram.

57 Vgl. Hans-Peter Schwarz, »Mit gestopften Trompeten. Die Wiedervereinigung Deutschlands aus der Sicht westdeutscher Historiker«, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* 44 (1993), S. 683–708, insbes. S. 692; diese Gegenstellungnahme unterzeichneten u.a. Hans Buchheim, Werner Conze, Theodor Schieder und Hans-Peter Schwarz.

58 Die Debatten sind im Einzelnen beschrieben bei Florian Roth, *Die Idee der Nation im politischen Diskurs. Die Bundesrepublik Deutschland zwischen neuer Ostpolitik und Wiedervereinigung (1969–1990)* (Baden-Baden: Nomos, 1995).

59 Allerdings schrieb das von der Bayerischen Staatsregierung angerufene Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil vom 31. Juli 1973 fest, dass alle Verfassungsorgane der Bundesrepublik Deutschland ihre Politik auf eine nationalstaatliche Lösung der deutschen Frage auszurichten hätten – dies bedeutete ein Sieg des staatszentrierten Nationsverständnisses. Vgl. *Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts*, Bd. 36 (Tübingen 1974), S. 1–36.

60 Vgl. Wolfrum, *Geschichtspolitik*, a. a. O. (Anm. 7), insbes. S. 278.

und zu einer nie dagewesenen Stellenvermehrung führten. Im Alten Reich der Frühen Neuzeit sah man eine »Brücke zur historisch-politischen Kultur der Gegenwart«,<sup>61</sup> denn in ihm ließen sich bislang verschüttete Rechts-, Freiheits- und Friedenstraditionen der deutschen Geschichte erkennen. Dies konnte trefflich mit den neuen europäischen Deutungen einer »Friedensmacht Bundesrepublik« verklammert werden,<sup>62</sup> die zu betonen die sozialliberale Koalition nicht müde wurde und die ihr Sinnbild im Friedensnobelpreis für Bundeskanzler Willy Brandt 1971 erhielt. Auch das ganz neue, seit etwa einem Jahrzehnt aufkommende Interpretament der »föderativen Nation«, das den föderativen Grundzug der deutschen Geschichte zu ihrem Recht kommen lassen und ihn nicht nationalstaatlich verzerren wollte, knüpft an dies kulturnationalen Füllungen an: Der Wunsch nach nationaler Einheit dürfe nicht mit der Forderung nach einem Nationalstaat gleichgesetzt werden.<sup>63</sup>

Für das SED-Regime bedeutete die neue Ostpolitik eine große Gefahr; der immer wieder angeführte Ausdruck von Walter Ulbricht, hierbei handele es sich um eine »Aggression auf Filzlatschen« spricht Bände. Der bundesdeutsche, von der sozialliberalen Regierungskoalition formulierte kulturnationale Anspruch, den »Zusammenhalt der Nation zu wahren«<sup>64</sup> erschien der SED, die darauf bedacht war, gesamt-nationale Bindungen zu kappen (als letztes betraf es die EKD, die bis 1969 als gesamtdeutsche Klammer wirken konnte) und volle völkerrecht-

61 Heinz Schilling, *Höfe und Allianzen. Deutschland 1648–1763* (Berlin: Siedler, 1989), insbes. S. 10.

62 Vgl. Karl Otmar Freiherr von Aretin, *Das Reich. Friedensgarantie und europäisches Gleichgewicht 1648–1806* (Stuttgart: Klett-Cotta, 1986); Johannes Burkhardt, »Das größte Friedenswerk der Neuzeit. Der Westfälische Frieden in neuer Perspektive«, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* 49 (1998), S. 592–612. In seiner Wirkung auf eine Verankerung der Frühen Neuzeit-Forschung in der Bundesrepublik nicht zu unterschätzen war der Förderschwerpunkt der Volkswagen-Stiftung »Forschungen zur frühneuzeitlichen Geschichte: Das Alte Reich im europäischen Kontext«, über den jahrelang große Summen an Fördermittel zur Verfügung gestellt wurden und der seit 1991 noch einmal für zwei Jahre modifiziert mit Blick auf die ostmitteleuropäischen Länder fortgeführt wurde. Vgl. Edgar Wolfrum, »Fortführung des Förderschwerpunktes »Forschungen zur frühneuzeitlichen Geschichte: Das Alte Reich im europäischen Kontext« für 2 Jahre«, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* 45 (1994), S. 129.

63 Vgl. Dieter Langewiesche & Georg Schmidt (Hrsg.), *Föderative Nation: Deutschlandkonzeptionen von der Reformation bis zum Ersten Weltkrieg* (München: Oldenbourg, 2000); Georg Schmidt, *Geschichte des Alten Reiches. Staat und Nation in der Frühen Neuzeit 1495–1806* (München: Beck, 1999); Rudolf Vierhaus, »Historische Entwicklungslinien deutscher Identität«, in: *Die Frage nach der deutschen Identität* (Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 1985), insbes. S. 21f.: »Politische Einheit ist im Lauf der deutschen Geschichte sozusagen die Ausnahme gewesen, oder vorsichtiger gesagt: eine sehr viel komplexere Realität als in den frühen europäischen Nationalstaaten.« Daher müsse sich »die Frage nach historischen Entwicklungslinien deutscher Identität weniger auf Tendenzen der staatlichen Einheit richten als auf nationale Traditionen, gemeinsame historische Erfahrungen und konsensbildende Elemente«.

64 Bundeskanzler Willy Brandt am 28.10.1969 vor dem Deutschen Bundestag, zit. nach: *Texte zur Deutschlandpolitik*, Bd. 4 (Bonn 1970), S. 12.

liche Anerkennung zu erhalten, als eine Art Trojanisches Pferd. In Gestalt der Theorie von der »Klassennation« forcierte sie deshalb ihren Abgrenzungsrigorismus gegenüber der Bundesrepublik Deutschland ein weiteres Mal. Das Diktum des »revolutionären Weltprozesses« bezeichnete nun den Kernauftrag für die DDR-Historiographie. Konkret hieß dies: Das um die Sowjetunion herum zusammengeschlossene sozialistische Weltssystem habe sich als gesetzmäßiges Ergebnis des gesamten Verlaufs der Weltgeschichte herausgebildet, und auch die DDR als sozialistische Nation sei ein Resultat dieses Prozesses.<sup>65</sup> Diese Theorie rührte an der Verankerung der Klammern, die die deutsche Nation trotz staatlicher Teilung zusammenhielt und ragte deshalb wiederum massiv in den bundesdeutschen Streit um die Nation hinein. Allerdings war das Klassennation-Theorem nicht das letzte Wort in der DDR. Infolge verschiedener gesellschaftlicher Desintegrationsprozesse rückte die SED Ende der 1970er Jahre vom sozialistischen Internationalismus wieder ab und modellierte die »deutsche Nation« DDR. Nationale Wurzeln der Gegenwart wurden beschworen. Die *Deutsche Geschichte*, die seit 1982 in der DDR erschien, und die im bundesdeutschen Siedler-Verlag publizierte Reihe *Die Deutschen und ihre Nation* bezeichnete die SED als zwei Nationalgeschichten, die es rechtfertigten, von der »Geschichtsnation« als dem Verbindenden zwischen der DDR und der Bundesrepublik zu sprechen.<sup>66</sup> Mit der »Erbe-und-Tradition«-Konzeption schließlich zielte die SED darauf, durch eine national-zentrierte Geschichte eine politisch-moralische Einheit des Volkes der DDR zu erzeugen.<sup>67</sup> Zum »Erbe« zählte alles in der Geschichte Existierende, die gesamte Geschichte in ihrer ganzen Widersprüchlichkeit. »Tradition« bezog sich auf die positiven, bewahrenswerten Ereignisse und Werte. Diese Unterscheidung erlaubte es der DDR-Geschichtswissenschaft, ihren Forschungsgegenstand auszuweiten und die deutsche Geschichte in Gänze zu untersuchen. Dadurch ging ihr allerdings immer mehr die distinktive Botschaft verloren, wonach die DDR der gute und die Bundesrepublik der böse Teil Deutschlands sei. Sichtbar wurde dieses Dilemma eines Unterscheidungsverlustes insbesondere während der Preußen-Renaissance zu Beginn der 1980er Jahre, als zwischen west- und ostdeutschen Historikern, Publizisten und Politikern darum gestritten wurde, wer sich die positiven preußischen Traditionen besser zu Eigen gemacht habe.<sup>68</sup> In ihrer Wirkung war die Preußen-Renaissance

65 Vgl. Horst Barthel & Walter Schmidt, »Neue Probleme der Geschichtswissenschaft der DDR. Zur historischen Auswertung des VIII. Parteitagess der SED durch die Historiker«, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 20 (1972), S. 797–817.

66 Vgl. »Begriff der Geschichtsnation als »das Verbindende« empfohlen«, in: *Frankfurter Rundschau* (30.8.1985).

67 Vgl. Eberhard Kuhr & Henning von Löwis, *Griff nach der deutschen Geschichte. Erbeaneignung und Traditionspflege in der DDR* (Paderborn: Schöningh, 1988).

68 Vgl. Edgar Wolfrum, »Die Preußen-Renaissance. Geschichtspolitik im deutsch-deutschen Kon-

somit nichts Geringeres als ein Symptom für die nach wie vor und allen Abgrenzungsbemühungen zum Trotz bestehende Einheit der deutschen Nation ganz im Sinne einer Kulturnation. Sie konterkarierte damit die ursprünglichen Intentionen der SED.

Doch dies war in den 1970er Jahren noch nicht absehbar. In jener Zeit befand sich die bundesdeutsche Geschichtswissenschaft unversehens in einem Zangengriff: Einerseits war sie mit der SED-Geschichtspolitik bezüglich der Nation konfrontiert; es schien, als würde diese das nationale Heft in die Hand nehmen, das man im Westen weggelegt hatte. Andererseits drohte die Politikwissenschaft der Historie den Rang als »Leitwissenschaft« abzulaufen. »Wozu noch Geschichte?« – diese häufig gestellte Frage<sup>69</sup> im breiten Strom verunsicherter Reflexionen beantworteten »progressive« Historiker mit stärker gegenwartsorientierten Zugriffen.<sup>70</sup> Ebenso wie die Politikwissenschaft seit ihrer Neugründung in der Bundesrepublik in den 1950er Jahren beansprucht hatte, »Demokratiewissenschaft« zu sein, sollte nun auch die Geschichtswissenschaft »Demokratiewissenschaft« werden. Aus der Geschichte waren offenbar Handlungsanleitungen für die bundesdeutsche Gegenwart zu gewinnen. Der praktische Nutzen der Vergangenheit stand im Vordergrund. Diese unmittelbare Praxisbezogenheit und der unverhohlene Präsentismus provozierten indessen lautstarke Kritik, etwa von Seiten Thomas Nipperdeys: Geschichte degeneriere so zur bruchlosen Vorgeschichte der Gegenwart, ohne der historischen Vielfalt gerecht zu werden.<sup>71</sup>

Die Westintegration der deutschen Geschichtsschreibung hatte seit dem Ende der 1950er Jahre im Zeichen des Europa-Diskurses und der Abendland-Idee immer mehr zu einem »kleinstdeutschen« Geschichtsbild geführt, das Ostdeutschland mit der Begründung ausklammern konnte, es gehöre gar nicht mehr zum westeuropäisch-abendländischen Kulturkreis. Die fortschreitende ideelle Verwestlichung der Bundesdeutschen ließ somit die »klassische« Nationalgeschichte obsolet erscheinen. Aber man musste sich fragen, ob jetzt nicht die Geschichte der Bundesrepublik selbst als eine Art von Nationalgeschichte konzipiert wurde – so besonders in der großen fünfbandigen *Geschichte der Bun-*

---

flikt«, in: *Verwaltete Vergangenheit. Geschichtskultur und Herrschaftslegitimation in der DDR*, hrsg. von Martin Sabrow (Leipzig: Akad. Verl.-Anst., 1997), S. 145–166.

69 Reinhart Koselleck, »Wozu noch Historie?«, in: *Historische Zeitschrift* 212 (1971), S. 1–18; Jürgen Kocka, »Wozu noch Geschichte?«, in: *Die Zeit* (3.3.1972); Willi Oelmüller (Hrsg.), *Wozu noch Geschichte?* (München: Fink, 1977).

70 Siehe vor allem die Diskussionen auf dem 29. Deutschen Historikertag in Regensburg im Oktober 1973.

71 Thomas Nipperdey, »Über Relevanz«, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* 23 (1972), S. 577–594, insbes. 593. Die Kontroverse über die praktische Verwertbarkeit der Geschichte fand besonders in der heftig geführten Curriculumsdiskussion ihren Niederschlag; dazu: Kurt Gerhard Fischer u.a., »Welchen Beitrag kann der Geschichtsunterricht zur politischen Bildung leisten?«, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B 30/72, S. 3–37.

*desrepublik Deutschland* aus den Jahren 1983 bis 1986.<sup>72</sup> Die zweite, endlich erfolgreiche deutsche Demokratie hatte ihre Bewährungsproben – Machtwechsel, Wirtschaftskrisen, Terrorismus – hinter sich und bestanden; ein öffentliches Geschichtsbewusstsein, das sich auf die Bundesrepublik bezog, sollte gefördert werden und die bisher flache historische Verwurzelung vertiefen. Allerdings blieb dieses Ansinnen nicht unwidersprochen. Historiker wie Karl Dietrich Erdmann monierten immer stärker, dass man den Nationaldiskurs auf die Bundesrepublik reduzierte und vom »übrigen Deutschland«, er meinte damit auch Österreich, absah.<sup>73</sup>

Eine direkte Folge des Modernisierungsparadigmas und der Gesellschaftsgeschichte war die in den 1970er Jahren aufkommende Bi-Nationalisierungsthese. Unter Berufung auf Karl W. Deutschs Theorie der Nation als Kommunikationsgemeinschaft<sup>74</sup> meinten linksliberale Historiker, etwa Kurt Sontheimer, Lutz Niethammer und Hans Mommsen, in der Bundesrepublik eine staatsgesellschaftliche Integration oder sogar transnationale, westeuropäische Integrationsprozesse erkennen zu können<sup>75</sup> – und einige übertrugen dieses Interpretationsmodell auch auf die Situation in der DDR.<sup>76</sup> Der SED-Geschichtspolitik konnten solche Thesen nur willkommen sein; aber Anspruch und Wirklichkeit klafften hier, in der DDR, besonders stark auseinander. Die Befürworter einer Bi-Nationalisierung ließen sich von der Erfindung einer »sozialistischen Nation«

72 Karl Dietrich Bracher & Theodor Eschenburg & Joachim C. Fest & Eberhard Jäckel, *Geschichte der Bundesrepublik Deutschland* (Stuttgart: DVA, 1983–1986); die voluminöse Darstellung hochkarätiger Autoren (Theodor Eschenburg, Hans-Peter Schwarz, Klaus Hildebrand, Wolfgang Jäger und Werner Link) reicht von den Jahren der Besatzung bis zum Ende der Ära Schmidt 1982.

73 Vgl. Erdmann, *Drei Staaten*, a. a. O. (Anm. 3); und noch einmal von seiner Schülerin: Agnes Blänsdorf, »Staat – Nation – Volk. Österreich und Deutschland«, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* 42 (1991), S. 767–774. Dies löste in Österreich heftige Debatten über das eigene Selbstverständnis und seine historischen Wurzeln aus, die zu einer neuen Beschäftigung mit 1866 führten. Siehe z.B. Helmut Rumpler, »Es ist ein Kampf auf Leben und Tod, der noch lange nicht aus ist. Bismarcks Erfolgspolitik und das deutsch-österreichische Problem«, in: *Mitteilungen des Instituts für österreichische Geschichte* 101 (1993), S. 37–67.

74 Karl W. Deutsch, »Nation und Welt«, in: *Nationalismus*, hrsg. von Heinrich August Winkler (Königstein/Ts.: Athenäum, <sup>2</sup>1985), S. 49–66.

75 Vgl. Kurt Sontheimer, »Begriff und Problematik der Nation in der Sicht der Bundesrepublik«, in: *Deutsche Nation – Schwerpunkt Berlin: Versuch einer Deutung*, hrsg. von Wolfgang Schütz (Bonn: Kuratorium Unteilbares Deutschland, 1972), S. 25–39; Lutz Niethammer, »Bundesrepublik und Nation«, in: *Politik und Kultur* 2 (1978), S. 26–36; Hans Mommsen, »Nationalismus und transnationale Integrationsprozesse in der Gegenwart«, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B 9 (1980), S. 3–14.

76 Vgl. Gebhard Schweigler, *Nationalbewußtsein in der BRD und der DDR* (Düsseldorf: Bertelsmann, 1972).

blenden und verwechselten den Anspruch des SED-Regimes mit der Wirklichkeit.<sup>77</sup>

Im Westen kam also seit dem Grundlagenvertrag mit der DDR mit Blick auf die Entwicklung der Bundesrepublik einerseits die linksliberale Theorie von der »postnationalen Demokratie« auf,<sup>78</sup> außerdem verstärkt durch die Debatte über einen Verfassungspatriotismus unterschiedlicher Spielart.<sup>79</sup> Dieser musste nicht zwangsläufig mit einem gesamtnationalen Bewusstsein kollidieren, wie Kritiker dies mutmaßten, denn er umschloss ja ebenfalls die Präambel des Grundgesetzes. Andererseits berührten sich ein neuer, aus der »Neuen Linken« hervorgehender Nationalismus, der Deutschland Ost und Deutschland West als besetzte Länder wahrnahm und deshalb in einen Befreiungsnationalismus einmündete, welcher aus der »Dritte-Welt«-Forschung entlehnt war, und konservative Klagen über einen nationalen Identitätsverlust der Deutschen im Zeichen einer »verletzten Nation«. In beiden Varianten feierte die These vom pathologischen Zustand einer – mit nationaler Geschichtsvergessenheit einher gehenden – Identitätsunsicherheit fröhliche Urständ. In seiner *Deutschen Geschichte* schrieb Wolfgang Venohr, einer der vehementesten Verfechter einer linken, neutralistischen und antiwestlichen Nationsidee:

Es ist an der Zeit, Geschichte als Identifikationsmittel zu entdecken: als einzig brauchbare Auskunft einer »kaputten« Nation, ihre Personalität, ihre Identität wieder zu geben. Für das geteilte Volk der Deutschen ist dies eine Existenzfrage; eine Angelegenheit auf Leben und Tod. Auch Völker sind Individuen, und es geht ihnen nicht anders als Menschen. Wer seine Vergangenheit vergißt, etwa infolge eines traumatischen Schocks, oder wem durch fremde Manipulation sein Gedächtnis genommen wird, gilt nach dem allgemeinen Urteil als unheilbar krank.<sup>80</sup>

77 Vgl. Heinrich August Winkler, »Nationalismus, Nationalstaat und nationale Frage in Deutschland seit 1945«, in: *Nationalismus – Nationalitäten – Supranationalität*, hrsg. von dems. & Hartmut Kaelble (Stuttgart: Klett-Cotta, 1993), S. 12–33, insbes. S. 23.

78 Zuerst Karl Dietrich Bracher, *Die deutsche Diktatur* (Köln: Kiepenheuer & Witsch, <sup>5</sup>1976), S. 544: Die zentrale Herausforderung für die Bundesrepublik bestehe darin, »als post-nationale Demokratie unter Nationalstaaten zu leben«.

79 Dazu Edgar Wolfrum, *Geschichte als Waffe. Vom Kaiserreich bis zur Wiedervereinigung*, (Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, <sup>2</sup>2002), S. 86ff.

80 Wolfgang Venohr, *Brennpunkte Deutscher Geschichte 1450–1850*; zitiert nach dem »Materiale für die Diskussion« der Aktion 18. März 1848, Pressearchiv des Otto-Suhr-Instituts der Freien Universität Berlin, Mappe D 320. Beträchtliches Aufsehen erregte Venohr vor allem 1982 mit dem von ihm herausgegebenen Buch: *Die deutsche Einheit kommt bestimmt!*, weil es ihm dort gelungen war, sowohl konservative Autoren wie Hellmut Diwald als auch dezidiert Linke wie Peter Brandt oder Herbert Ammon in der Kritik an der Westintegration der Bundesrepublik zusammen zu führen; siehe auch: Peter Brandt & Herbert Ammon (Hrsg.), *Die Linke und die nationale Frage. Dokumente zur deutschen Einheit seit 1945* (Reinbek: Rowohlt, 1981).

Antiamerikanismus paarte sich hierbei mit der Wiederentdeckung eines wie auch immer gearteten gesamtdeutschen Kulturgutes, und die Westbindung avancierte zum Gegenbegriff einer diffusen deutschen Identität.<sup>81</sup>

Diese Suche nach der verlorenen nationalen Identität beschränkte sich nicht auf nationallinke Romantiker. Im Zuge der »verunsicherten Republik« und der »Tendenzwende« seit der Mitte der 1970er Jahre zeigte sich in der Bundesrepublik nicht zuletzt in der Geschichtswissenschaft eine Renaissance der nationalen Frage, die z.T. auch die Form eines historiographischen Krisenmanagements annehmen konnte. Besonders Hellmut Diwalds *Geschichte der Deutschen* aus dem Jahr 1978 wartete mit einem einheitlich-affirmativen Geschichtsbild auf. Den stärksten Bruch in der Geschichte Deutschlands sah Diwald im Jahr 1945 – aber nicht, weil hier der deutsche Sonderweg zu Ende gegangen wäre, sondern weil die Umerziehungspolitik der Siegermächte das nationale Geschichtsbewusstsein zerstört und die historischen Traditionen Deutschlands moralisch entwertet worden seien. Man könnte dies als Meinung eines wissenschaftlichen Außenseiters abtun, doch Diwald lieferte mit seinem Buch die erste, von einem angesehenen Verlagshaus – dem Propyläen-Verlag – herausgegebene revisionistische Beschönigung des »Dritten Reiches«, die man bis dahin nur aus neonazistischen Konventikelschriften gekannt hatte.<sup>82</sup> Noch wichtiger war allerdings das der Sonderwegsthese entgegengestellte Theorem von der Geopolitik, also der »Raumbundenheit« aller politischen Vorgänge. Danach habe auf Deutschland der Fluch der Geographie gelastet. Nicht eine exzeptionelle Aggressivität, nicht atavistische Eliten oder die Ungleichzeitigkeit zwischen wirtschaftlicher und politischer Modernisierung, sondern die spezifische geographische Lage, (*Mitten in Europa* – so der programmatische Titel einer im Siedler-Verlag erschienenen und weitverbreiteten »Deutschen Geschichte«, welche die Entwicklung von den Kelten bis zur Regierung Kohl zusammenfasste) ja die Einkreisung der zu spät gekommenen Großmacht gereichte Deutschland in dieser Sicht zum Verhängnis.<sup>83</sup> Eine solche statische Argumentation, die die Offenheit der Geschichte radikal reduzierte,

81 Siehe mit weiterer Literatur Roth, *Die Idee*, a. a. O. (Anm. 58), insbes. S. 169ff; siehe auch Karl-Rudolf Korte, *Der Standort der Deutschen. Akzentverlagerungen der deutschen Frage in der Bundesrepublik Deutschland seit den siebziger Jahren* (Köln: Verl. Wiss. und Politik, 1990).

82 Hellmut Diwald, *Geschichte der Deutschen* (Frankfurt/M.: Propyläen, 1978).

83 Hartmut Boockmann & Heinz Schilling & Hagen Schulze & Michael Stürmer, *Mitten in Europa. Deutsche Geschichte* (Berlin: Siedler, 1984); zur gleichen Zeit verschärfte sich die Kritik an der Deutung des deutschen Sonderwegs, vgl. David Blackbourn & Geoff Eley, *Mythen deutscher Geschichtsschreibung. Die gescheiterte bürgerliche Revolution von 1848* (Frankfurt/M. & Berlin & Wien: Ullstein, 1980); Helga Grebing, *Der »deutsche Sonderweg« in Europa 1806–1945. Eine Kritik* (Stuttgart: Kohlhammer, 1986); zur Gegenkritik u.a.: Hans-Ulrich Wehler, »Deutscher Sonderweg« oder allgemeine Probleme des westlichen Kapitalismus?, in: *Merkur* 35 (1981), S. 478–487; Heinrich August Winker, »Der deutsche Sonderweg. Eine Nachlese«, in: *Merkur* 35 (1981), S. 793–804.

konnte schnell als generelle Exkulpation der Fehlentwicklungen der deutschen Geschichte (miss-)verstanden werden.

So standen sich bereits vor dem »Historikerstreit« von 1986<sup>84</sup> zwei Deutungsmodelle gegenüber: Zum einen der eingeforderte »Nationalstolz«, der die »verletzte Nation«<sup>85</sup> durch die bindende Identität des Nationalstaates kurieren und die westdeutsche Republik zu einer »normalen« Nation aufwerten wollte, und zum anderen der aus einem Erinnerungsimperativ an die NS-Zeit und deren Überwindung im Zeichen der Verwestlichung erwachsene »Stolz« auf die lernende Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland. So grundverschieden beide waren, eines hatten sie gemeinsam: Beide kennzeichneten geschichtsmoralische Aufladungen.

## Normalisierung, Re-Nationalisierung oder globale Zukunft? Die Wiedervereinigung Deutschlands aus der Sicht der Historiker

Was nun aber war die Bundesrepublik – Erfolgsnation oder Abirring vom deutschen nationalen Weg? Hieß es seit den 1960er Jahren, die Wiedervereinigung sei die Lebenslüge der Bundesrepublik, so erscholl es mit der Wiedervereinigung Deutschlands ab 1989/90 aus dem Munde eher konservativer Historiker, die postnationale Demokratie sei die Lebenslüge der Bundesrepublik gewesen.<sup>86</sup> Konrad Adenauers angeblich »visionäre« Politik wurde gerühmt,<sup>87</sup> so als hätten das glückliche Ende der alten Bundesrepublik und die Wiedervereinigung nur einen Vater. Häufig erhielten die Deutungen der Erfolgsgeschichte der »wahren Nation« Bundesrepublik, die ihre Magnetwirkung auf den Osten entfaltet habe,

84 Im »Historikerstreit« wurde über die Singularität des Holocaust gestritten. Im Kern jedoch ging es um die Frage einer Normalisierung der westdeutschen Republik als Nation. Denn könnte man den Holocaust im Hinblick auf vergleichbare Perioden anderer Nationen relativieren, dann wäre das NS-Regime nur noch ein verbrecherisches Regime unter vielen anderen in der Vergangenheit – und die Bundesrepublik damit eine »normale« Nation. Vgl. *Historikerstreit. Die Dokumentation der Kontroverse um die Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Judenvernichtung* (München: Piper, 1987).

85 Elisabeth Noelle-Neumann & Renate Köcher, *Die verletzte Nation. Über den Versuch der Deutschen, ihren Charakter zu ändern* (Stuttgart: DVA, 1987).

86 Wobei manche der konservativen Ankläger vergaßen, dass sie selbst an den Deutungen der postnationalen Demokratie mitgestrickt hatten; Hans-Peters Schwarz' Adenauer-Interpretationen sind dafür das schlagendste Beispiel. Siehe auch Wilfried Loth, »Die Historiker und die deutsche Frage. Ein Rückblick nach dem Ende des Kalten Krieges«, in: *Historisches Jahrbuch* 112 (1992), S. 366–382.

87 Vgl. Klaus Gotto, »Der Realist als Visionär. Die Wiedervereinigungspolitik Konrad Adenauers«, in: *Politische Meinung* 35 (1990), S. 6–13.

nicht nur einen triumphalistischen Beiklang, sondern wurde mit der Melodie von nationaler Schuld, Sühne und letztlich Vergebung unterlegt.<sup>88</sup> Linksliberale Historiker reagierten auf die unverhoffte deutsche Einheit 1989/90 häufiger mit gestopften (nationalen) Trompeten; einige entdeckten einen retrospektiven »BRD-Nationalismus« für sich. Eine Reihe von Neokonservativen hingegen übte keine Zurückhaltung und forderte eine Re-Nationalisierung und einen Abschied von der den deutschen Interessen angeblich zuwiderlaufenden Westbindung ein.<sup>89</sup> So bildete sich kurzzeitig das Narrativ einer »Abirrungsgeschichte« vom deutschen nationalen Weg aus, in dem die Bundesrepublik in grotesker Weise als »besetzter Teilstaat« beschrieben wurde. Doch auch bis weit in das liberale intellektuelle Meinungslager hinein wurde die Wiedervereinigung als das Ende der »bundesrepublikanischen Sonderwegsexistenz« (Hermann Rudolph) gedeutet.<sup>90</sup> Als sei der deutsche Einheitsstaat ein Imperativ der Geschichte, schrieb Arnulf Baring: »Wir leben noch immer, wir leben seit 1990 wieder im Deutschland Bismarcks.«<sup>91</sup> Hier wurde nicht selten ein rückwärtsgewandter Machtstaatswunsch an die Oberfläche gespült.<sup>92</sup>

Bei der Neuvermessung der Nation nach 1989 dominierte jedoch insgesamt ein Anknüpfen an nationalstaatliche Traditionen des Kaiserreichs, verbunden mit dem postulierten endgültigen Ende aller deutschen Sonderwege. Gerade viele linksliberale Historiker, die vormalig in der Nation ein gefährliches Wahnbild erkennen wollten und oft eine an Auschwitz abgeleitete Verzichtsethik vertreten hatten – die die deutsche Teilung als »gerechte Strafe« klassifizierte, damit zugleich die DDR legitimierte und einen neuen deutschen Nationalstaat auf ewig

88 Dazu Konrad H. Jarausch, »Normalisierung oder Re-Nationalisierung? Zur Umdeutung der deutschen Vergangenheit«, in: *Geschichte und Gesellschaft* 21 (1995), S. 571–584.

89 Vgl. Michael Grossheim & Karlheinz Weißmann & Rainer Zitelmann (Hrsg.), *Westbindung. Chancen und Risiken für Deutschland* (Berlin: Propyläen, 1993).

90 Hermann Rudolph, »Abschied vom Gestern. Die Einheit verlangt auch von den Westdeutschen ein neues Selbstverständnis«, in: *Süddeutsche Zeitung* (16./17.6.1990).

91 Arnulf Baring, *Eine neue deutsche Interessenlage* (Köln: Bachem, 1992), insbes. S. 35.

92 So brachten die Erfahrungen von 1989/90 die traditionelle Domäne der Geschichtswissenschaft, das Nationalstaatsparadigma in das Zentrum der Auseinandersetzungen zurück. Auch von hierher fiel neues Licht auf die Politik Bismarcks und die Bedeutung von 1866. Anselm Doering-Manteuffel schrieb: »Die Abtrennung der deutschen Nation von den österreichischen Bindungen machte den Nationalstaat in Deutschland möglich, aber auch seine Isolierung in Europa wahrscheinlich; diese Abtrennung kappte den Wurzelstrang der deutschen Tradition, der ins lateinische Mittelalter hineinreichte. Beides zusammengenommen bedeutete den nahezu völligen Bruch der geschichtlichen Beziehungen. Die deutsche Öffentlichkeit verfolgte das in rasender Geschwindigkeit ablaufende Geschehen des Jahres 1866 gebannt und nicht selten erschrocken. Die Jubelrufe der Machtanbetung kamen erst später. Europa als politischer Begriff war abgeschafft. Das Zeitalter der nationalen Machtstaaten brach an und machte die Wiederentdeckung des europäischen Zusammenhangs so lange unmöglich, wie es sich nicht selbst in den Feuerstürmen zweier Weltkriege verzehrt haben würde.« Vgl. ders., *Die deutsche Frage und das europäische Staatensystem 1815–1871* (München: Oldenbourg, 1993), insbes. S. 46.

ausschloss – überdachten alte Interpretationen. Heinrich August Winklers Werk *Der lange Weg nach Westen* ist als die Nationalgeschichte für die Berliner Republik bezeichnet worden.<sup>93</sup> Der 18. Januar 1871 und der 3. Oktober 1990 bestimmen die Sichtachse und die Wertung: Die neue Bundesrepublik, der »postklassische, fest in Europa eingebundene« deutsche Nationalstaat der Gegenwart<sup>94</sup> verkörpere die richtige Antwort auf die deutsche Frage. Die Teilung Deutschlands ist für Winkler gerade nicht als Sühne für Auschwitz zu verstehen, vielmehr sei sie der Tatsache geschuldet, dass die vier Siegermächte des Zweiten Weltkrieges sich nicht auf eine Lösung der deutschen Frage verständigen konnten. Indem die Bundesrepublik Deutschland und die DDR parallel betrachtet werden, lässt Winkler den Sonderweg erst mit der »Normalisierung« und supranationalen Zähmung des deutschen Nationalstaats 1990 enden, mit dem Deutschland an seinem Ziel, nämlich im Westen, angekommen sei. Seit dem 3. Oktober 1990 sei endgültig geklärt, wo Deutschland liegt und wo seine Grenzen verlaufen; eine deutsche Frage gebe es nicht mehr, und die Deutschen hätten auch keinen Anspruch auf den Status einer fortdauernden Anomalie. Das hat nichts mit einer apologetischen Sicht zu tun, wohl aber damit, dass das »Dritte Reich« nicht mehr als einziger Fluchtpunkt der deutschen Geschichte gilt, sondern 1990 hinzutreten ist. So entsteht, verwoben mit dem Westernisierungskonzept, eine Art »Ankunftsgeschichte« der deutschen Nation.

Die nationalen Paradigmen von der Westernisierung und der Rezipitalisierung als neue Deutungsachsen können als Weiterentwicklungen einer bundesdeutschen Modernisierungsgeschichte gewertet werden. Sie tun sich allerdings mit der Integration der ostdeutschen Vergangenheit verständlicherweise sehr schwer, was besonders in den verschiedenen Konzeptionalisierungen einer deutschen Nationalgeschichte nach der Katastrophe, die heute diskutiert werden, deutlich wird. Was ist der angemessene Zugang: zwei getrennte Geschichten aufgrund teilungsbedingter Sonderentwicklungen, eine Beziehungs- und Wechselwirkungsgeschichte, eine Parallelgeschichte oder eine supranationale Geschichte, die Europa als Rahmen nimmt?<sup>95</sup> Aus solchen Debatten und Unsicherheiten resultie-

93 Heinrich August Winkler, *Der lange Weg nach Westen*. Bd. 1: *Deutsche Geschichte vom Ende des Alten Reiches bis zum Untergang der Weimarer Republik*, Bd. 2: *Deutsche Geschichte vom »Dritten Reich« bis zur Wiedervereinigung* (München: Beck, 2000); siehe unter vielen anderen Besprechungen die ausführliche, teils andere Akzente setzende Würdigung des Werkes von Anselm Doering-Manteuffel, »Eine politische Nationalgeschichte für die Berliner Republik. Überlegungen zu Heinrich August Winklers »Der lange Weg nach Westen«, in: *Geschichte und Gesellschaft* 5 27 (2001), S. 446–462.

94 Winkler, *Der lange Weg nach Westen*, Bd. 2., a. a. O. (Anm. 93), vor allem das Resümee S. 640–657.

95 Vgl. Kleßmann, *Verflechtung und Abgrenzung*, a. a. O. (Anm. 4); Peter Bender, *Episode oder Epoche? Zur Geschichte des geteilten Deutschland* (München: dtv, 1996); Jürgen Kocka, »Die Geschichte der DDR als Forschungsproblem. Einleitung«, in: *Historische DDR-Forschung. Auf-*

ren neue nationale »Helden-Erzählungen« aus Ostdeutschland: Die Revolution des Volkes der DDR habe die Wiedervereinigung Deutschlands bewirkt.<sup>96</sup> Nun hätten auch die Deutschen endlich ihre gelungene nationale und freiheitliche Revolution, an der sie im 19. Jahrhundert gescheitert waren, nachgeholt: die Staatsbürgernation als selbsterkämpftes Ideal. Dieses neue nationale Epos von der nachholenden, »volkseigenen« Erringung der deutschen Nation blendet die internationalen Beziehungen, denen 1989/90 Primat zukam, nahezu vollständig aus. Das Verlangen nach einer Restitution nationaler Identität mündet so in einer ästhetisierenden Überschätzung der ostdeutschen »nationalen Revolution«.

Weitere, gegenläufige Entwicklungen seit dem ausgehenden 20. Jahrhundert müssen zumindest erwähnt werden. Sie lassen sich auf den Nenner »nationale Vergangenheit und globale Zukunft« bringen. Das bezieht sich vor allem auf die Globalisierung der NS-Vergangenheit im Sinne einer Mahnung zur Menschenrechtspolitik. Im politischen Tagesgeschäft wird der Holocaust zunehmend als Grundlage einer gebrauchsfähigen, gemeinsamen europäischen Vergangenheit genutzt, indem man ihn – des spezifisch Nationalen und Deutschen entkleidet – zur Universalie erklärt: Es war einmal in Deutschland, aber das ist auch irgendwann, irgendwo, überall.<sup>97</sup> Nationale Vergangenheit soll nicht mehr Bürde sein, sondern Chance, Geschäftsgrundlage und Mittel der internationalen Politik, der Weltinnenpolitik. Ist, so müsste man fragen, im Sinnvakuum der Postmoderne der Holocaust in der westlichen Welt zur Meisterzählung schlechthin geworden?<sup>98</sup>

Zudem sind neuerdings auch die Niedergangsgeschichten wieder aufgetaucht: »Scheitert Deutschland?« Verfallsdiagnosen, Schreckensprognosen. Deutschland erscheint als Sanierungsfall, der einstige Superstar liegt todkrank am Boden.<sup>99</sup> Nachdem im 20. Jahrhundert bereits vier deutsche Staaten untergegangen sind, wartet man darauf, wann endlich die Bundesrepublik zugrunde geht. Das Publikum scheint sich an solchen professoralen Schwarzmalereien zu delectieren. Diese Erzählung wird spätestens dann zur Farce, wenn Rankings auf-

---

sätze und Studien, hrsg. von dems. (Berlin: Akademie, 1993), S. 9–26; bei Graf Kielmansegg, *Nach der Katastrophe*, a. a. O. (Anm. 5), kommt die DDR nur ganz am Rande vor, da sie, so die Begründung, im Unterschied zur Bundesrepublik, kein in die Zukunft weisendes Modell gewesen sei.

96 Vgl. z.B. Armin Mitter & Stefan Wolle, *Untergang auf Raten. Unbekannte Kapitel der DDR-Geschichte* (München 1993).

97 Vgl. Michael Jeismann, *Auf Wiedersehen Gestern* (Stuttgart: Bertelsmann, 2001).

98 Vgl. Peter Novick, *Nach dem Holocaust. Der Umgang mit dem Massenmord* (Stuttgart: Dt. Verl.-Anst., 2001); Volkhard Knigge & Norbert Frei (Hrsg.), *Verbrechen erinnern. Die Auseinandersetzung mit Holocaust und Völkermord* (München: Beck, 2002).

99 Vgl. u.a. Arnulf Baring, *Scheitert Deutschland? Abschied von unseren Wunschwelten* (Stuttgart: DVA, 2 1997) und Garbor Steingart, *Deutschland – Der Abstieg eines Superstars* (Stuttgart: Piper, 2004)

gestellt werden, in denen Deutschland etwa mit Blick auf eine bürokratische Überregulierung oder das komplizierte Steuersystem ganz abgeschlagen rangiert – weit hinter solchen Musterländern wie Afghanistan, Angola oder Usbekistan. Die Kehrseite dieser makabren Untergangsvisionen findet sich im Leitbegriff der Sicherheit. Sicherheit als Kultur oder eine Kultur der Sicherheit vermag als analytischer Leitbegriff eine moderne Politikgeschichte zu konstituieren. Nämlich über den Dreischritt: 1. internationale Sicherheitspolitik im Kalten Krieg, 2. innere Sicherheit und 3. Sicherheit vor Lebensrisiken in Gestalt eines Sozialstaates, der zur Integrationsklammer wurde.<sup>100</sup>

Seit der Wiedervereinigung gibt es zwei Sichtweisen auf die Bundesrepublik: Die eine ist dem Zeitgeist der Vor-Wendezeit verhaftet; die zweite geht aus den Erfahrungen hervor, die infolge der deutsch-deutschen Integration auftraten. Das alte BRD-Muster mit dem scheinbar sinnstiftenden Gegensatz zwischen der Adenauer-Ära (= konservativ, außenpolitische Sicherheit, Frieden und Freiheit durch Westbindung) und der sozialliberalen Ära (= fortschrittlich, Emanzipation und innere Demokratisierung, Abbau autoritärer Strukturen, gipfelnd im Diktum der »Umgründung der Republik«) verträgt sich nicht mehr mit dem weiter gespannten Muster, das zwischen den 1920er/1930er Jahren und den frühen 1970er Jahren klare strukturelle und sogar soziokulturelle Zusammenhänge postuliert – trotz des nationalsozialistischen Terrors und dem Krieg – und einen säkularen Bruch nach 1973 erkennt. Seither bewegen wir uns in einer anderen Moderne, die nicht mehr nur als Problemlöserin erkannt wird, sondern als Problemerzeugerin. Es ist die *Geschichte der Genese heutiger Probleme* seit dem letzten Drittel des 20. Jahrhunderts, die diese Erzählung prägt. Allerdings bewegen sich Staatstätigkeit und Politikresultate der Bundesrepublik nach wie vor zwischen zwei Polen – dem nordeuropäischen Wohlfahrtskapitalismus und dem nordamerikanischen marktorientierten Kapitalismus –, so dass die Erzählung von der »Politik des mittleren Weges« (Manfred G. Schmidt) sicherlich immer noch am wirkungsmächtigsten ist.

## Schluss

Sind Werturteile in der Historiographie überhaupt zu vermeiden? Das Wertfreiheitspostulat Max Webers bedeutet nicht, dass die Wissenschaft selbst keine Wertgrundlage besäße. Das Gegenteil ist der Fall, denn das Prinzip der Wertfrei-

<sup>100</sup> Vgl. Eckart Conze, »Sicherheit als Kultur. Überlegungen zu einer modernen Politikgeschichte der Bundesrepublik Deutschland«, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 53 (2005), S. 357–380.

heit ist selbst eine normative Forderung, welche die Wissenschaft reguliert. Die Trennung zwischen den Sphären Wissenschaft (als Sphäre der Erkenntnis) und Politik (als Sphäre der Werte) ist seit den 1960er Jahren von »gesellschaftskritischen« Wissenschaftlern angegriffen worden. Sie sahen in dieser Trennung von Wissenschaft und Politik nur ideologischen Schein, weil die Verbindung beider Sphären gleichsam hinter dem Rücken der Wissenschaftler ohnehin zustande kommt, aber bisher nie eingestanden worden war. Werthorizonte können ihnen zufolge in der Geschichtswissenschaft geradezu fruchtbar sein.<sup>101</sup>

Wenn Identität, mit Habermas gesprochen, der Ort sozialer Vernetzung ist, der Ort einer Teilhabe an wertbildenden Kommunikationsprozessen – was bedeutet dies für eine interkulturelle Geschichtspolitik? Gibt es, so müsste man zunächst fragen, unterschiedliche Pfade historischer Sinnbildungen? Geschichtsbilder und Geschichtsbewusstsein werden in erster Linie durch autorisierte Unterrichtslehrwerke an den Schulen vermittelt, und deshalb verwundert es nicht, dass in der Geschichtsdidaktik die Debatte über geeignete künftige historische Sinnbildungs-Modelle seit einigen Jahren im Gange ist und in Vielem die Fragen vorweg nimmt, die an die empirische Forschung und deren Narrative herangetragen werden sollten.<sup>102</sup> In einer kaum mehr nationalstaatlich, sondern interkulturell geprägten Welt muss man sich über die Konsequenzen verschiedener Narrative bewusst werden: Soll im Zentrum die Kontinuitätswahrung der Nation stehen, eine Art »Leitkultur« – auf die Gefahr hin, größer werdende Teile der

101 Unter dem Einfluss des Postmodernismus schwoll im letzten Jahrzehnt eine Bewegung an, die jegliches Streben nach Objektivität als nichtig und aussichtslos betrachtet; Objektivität sei nichts weiter als »politische Korrektheit«. Geschichte als Wissenschaft wäre damit also wieder dort, wo sie angefangen hatte. Solche Resignation ist fehl am Platz. Die absolute Objektivität ist zwar ein nicht erreichbares Ideal, doch kann man mehrere mögliche Formen von Objektivität unterscheiden. Die disziplinäre Objektivität geht von einer wissenschaftlichen Gemeinschaft aus, diese Objektivität beruht mithin auf besonderen, disziplingebundenen Regeln und Kriterien. Die dialektische Objektivität bejaht die Einsicht, dass Objekte erst in der Wechselwirkung von Subjekt und Objekt als Erkenntnisobjekte konstruiert werden und uns als solche erscheinen; Subjektivität kann somit durchaus erkenntnisproduktiv sein. Die prozedurale Objektivität schließlich betrachtet ein nicht personengebundenes System von Regeln – die Methode – als ihre Grundlage. Vgl. Chris Lorenz, *Die Konstruktion der Vergangenheit. Eine Einführung in die Geschichtstheorie* (Köln: Böhlau, 1997), S. 368ff.

102 Würde es sich auch anbieten, im Geschichtsunterricht selbst nicht nur nationale und sonstige Mythen zu thematisieren, sondern auch den gesamten Komplex der dahinter auftauchenden Geschichtspolitik? Curricula selbst sind das Ergebnis von Geschichtspolitik, da in ihnen Fragen der historischen Instruktion und des historischen Lernens staatlich geregelt werden. So könnte man zeigen, dass entscheidende Veränderungen im Unterricht dem politischen Willen geschuldet waren. Politische Funktionalisierung historischen Lernens könnten verdeutlicht werden. Auch die Formen würden ins Blickfeld treten: dass nämlich in einer pluralen Gesellschaft sich Interessen und Deutungen öffentlich artikulieren können. Deutlich würde ferner, dass historisches Lernen selbst historisch bedingt ist. Siehe Ulrich Baumgärtner, »Geschichtspolitik und Geschichtsunterricht«, in: *Geschichte zwischen Kunst und Politik*, hrsg. von dems. & Monika Fenn (München: Herbert Utz, 2002), S. 185–205.

Gesellschaft auszuschließen? Soll ein europäischer Wertekosmos in den Mittelpunkt gerückt werden, weil wir in einer Nation Europa und nicht mehr in einem Europa der Nationen leben – mit der Gefahr einer normativen Überfrachtung? Ist der Rückzug auf die Nahweltgeschichte der Region ein Königsweg – mit der Gefahr der Provinzialisierung? Oder soll das Konzept von Mehrfachidentitäten aus der Malaise herausführen – auf die Gefahr hin, Menschen damit zu überfordern?<sup>103</sup>

Was ich damit andeuten möchte: Forschungen zur Geschichtspolitik dekonstruieren gängige Narrative, Groß Erzählungen und ihre Rahmenbedingungen. Aber sie thematisieren darüber hinaus selbst auch, welche Konstruktionen der Vergangenheit geleistet werden können. Es ist wichtig, Nationalgeschichten zu dekonstruieren, aber neue, alternative Konstruktionsleistungen müssen dann auch vorgeschlagen werden. Marc Bloch, der für Problemgeschichte und Transdisziplinarität plädierte, beginnt seine *Apologie der Geschichte* mit einer elementaren Eingangsfrage, die er einem Kind in den Mund legt: »Papa, erklär mir doch mal: Wozu dient eigentlich die Geschichte?«<sup>104</sup> Diese so einfache Frage wirft kein geringeres Problem auf als die Legitimität der Geschichte. Historikerinnen und Historiker tun gut daran, Rechenschaft über ihre Arbeit und ihre Konstruktionsleistungen abzulegen; dies dient der notwendigen Selbstreflexion unserer Wissenschaft.

---

103 Vgl. Bodo von Borries, »Interkulturalität beim historisch-politischen Lernen – Ja sicher, aber wie?«, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* 52 (2001), S. 305–324.

104 Marc Bloch, *Apologie der Geschichte oder Der Beruf des Historikers* (Stuttgart: Klett-Cotta, <sup>3</sup>1992, zuerst Paris 1949), insbes. S. 23.